RABATZ

MRL IS MAGDEBURG IN HERBST 2011

*Fotos vom autonomen Boderennen, Sept.2011

KAPITALISMUS ENTERN!

ZUSAMMEN KÄMPFEN GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTER-DRÜCKUNG!

FÜR EINE KLASSENLOSE GESELLSCHAFT!

rabatz.blogsport.eu
rabatz_md@riseup.net

Einige haben sich sicherlich schon gefragt – was ist denn da los. Lange habt ihr auf diese (neue) Ausgabe der Rabatz warten müssen und wir wollen uns auch gleich bei all unseren treuen LeserInnen und KritikerInnen entschuldigen. Manches dauert halt manchmal länger. Unsere schärfsten KritikerInnen (oder sagen wir DenunziantInnen) hätten sich sicherlich auch einen Untergang dieses feinen Magdeburger Blättchens gewünscht. Wir können euch aber be(un)ruhigen, eure eintönige Tristesse werden wir eh überleben...

Nun gut, umso mehr werden wir uns anstrengen, dass die nächste Ausgabe wieder pünktlich, oder sagen wir, pünktlicher erscheint. Obwohl wir aus Platzgründen mit dem Layout (in dieser Ausgabe) teilweise geizen mussten bleibt es dabei: Schickt uns eure Zeichnungen, Texte, Beiträge, Anmerkungen, beteiligt euch an diesem Projekt und macht es somit lebendig!
Es gilt wie immer:
Gefundene Fehler dürft ihr behalten!

Viel Spaß beim Lesen…

Inhalt:

- Meldungen
- Nulltarif für Alle!
- Nazikonzert Nienhagen
- Text zur vergangenen Landtagswahl
- Beilage AK AntiRa MD
- Gedankenspaziergang
- Riots in London
- Biografie: Andrea Wolf
- Norwegen: Wieder ein verrückter Einzeltäter?
- Adressen
etc.

KONZERTE IM HEIZHAUS
05.11.2011
Mistpuffers (Punk aus SDL)
The Schön (Punk/Rock/Trash aus HVL)
Banal (Punk/Rock aus Tangermünde)

19.11.2011
Grolbüdels (Punk aus HH)
Cafespione (Punk aus Erf.)
danach Punk-Disco mit DJ

17.12.2011
Heizhaus-Geburtstag
checkt:www.myspace.com/heizhausmagdeburg

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/ der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. >Zur-habe-name< ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/ der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Rabatz online:
rabatz.blogsport.eu

Kontakt zur Redaktion:
rabatz_md@riseup.net

Erhältlich in deinem subversivem Zeitungskiosk der Stadt.
Auf Nachfrage können Exemplare auch verschickt werden.

Was war denn da los?

Kurzmeldungen aus der Region

(garantiert unvollständig)

Da diese Ausgabe lange auf sich warten ließ, könnten aufmerksame LeserInnen und KritikerInnen sagen, einige Meldungen seien veraltet. Dennoch wollen wir diesen weiten Rückblick wagen um an die News der letzten Ausgabe anzuschließen....

18.02.11 [MD] Spontandemo durch Stadtfeld

Rund 30 AntifaschistInnen demonstrierten spontan durch Stadtfeld, um sich solidarisch mit dem Infoladen und "Partyservice & Fleischerei Mock" zu zeigen. Zum Hintergrund: Am 13.02. wurde gegen 22 Uhr nun bereits das 3. Mal der Infoladen angegriffen. Wieder waren nach Zeugenangaben u.a. Schläger der faschistischen Hooligantruppe Adrenalin Magdeburg anwesend. Einer der Täter klebte einen so genannten "Polenböller" an eine Glasscheibe neben dem Eingang zum Infoladen. Dieser Böller zerstörte die Scheibe und ein faustgroßes Loch blieb zurück. Scheinbar irrten sich die Täter in der Scheibe und so trafen sie einen direkten Nachbarn, "Partyservice & Fleischerei Mock". Mit quietschenden Reifen flüchteten die Täter in ihren Fahrzeugen. Bereits am 13.08.10 wurde der Infoladen von Nazis angegriffen. Damals versuchten 15 Personen aus dem Umfeld der Adrenalin und Blue White Street Elite aus Burg den Laden zu stürmen.

Kein Fussbreit den Rassisten und Nazis, weder auf unseren Straßen noch in den Parlamenten!

22.03.11 [MD] Antirassistischer Aktionstag

Am 22. März fand auch in Magdeburg eine Aktion im Rahmen des bundesweiten Aktionstages gegen Asylbewerberleistungsgesetz, „Residenzpflicht", Lagerisolation & rassistische Sondergesetzgebung statt. >>>

Ab 10 Uhr versammelten sich rund 20 AktivistInnen vor der hiesigen „Ausländerbehörde" um dort bis 16 Uhr eine Kundgebung abzuhalten. Dabei wurden zahlreiche Flyer verteilt und dazu aufgerufen, Unterschriften zu sammeln um gegen die derzeitig herrschenden Lebensbedingungen der Flüchtlinge und MigrantInnen zu protestieren.

26.03.11 [MD] Naziübergriffe

Nachts kam es in der Nähe vom Damaschkeplatz zu einem Angriff von Nazis auf einen 22-Jährigen Studenten. Ein Angreifer fragte zunächst den Studenten, ob er Nazis mag. Als er verneinte wurde er geschlagen.

Ein weiterer Übergriff ereignete sich am 16.04.11 in der Regierungsstr., wo zwei Linke im Alter von 21 und 23 Jahren von einer Gruppe Nazis angegriffen wurden.

01.04.11 Naziübergriff in Oschersleben

Am Abend wurde erneut ein Jugendlicher von dem stadtbekannten Neonazi (Patrick S.) angegriffen. Patrick S. attackierte den Jugendlichen mit einer kaputten Bierflasche, schlug ihm mehrmals ins Gesicht und entwendete seinen Pullover. Der Jugendliche kam zum Glück mit keinen schweren Verletzungen davon.

26.04.11 [Bernburg] Abschiebung erfolgreich gestoppt

In der Nacht sollte eine Abschiebung stattfinden, dies wurde durch den Protest von 25 Menschen vorerst verhindert. Um 3 Uhr nachts fuhr eine Mitarbeiterin der AWO (Träger des AsylbewerberInnenheims in Bernburg) vor das Tor des Geländes. Davor blockierten etwa 25 AbschiebegegnerInnen mit Transparenten den Zugang, Tür und Tor waren mit Schlössern versperrt. Die Polizei ließ sich erst 20 Minuten später blicken und wurde mit Parolen lautstark begrüßt. Die BewohnerInnen der Unterkunft

brachten heißen Tee zur Blockade und freuten sich über die Unterstützung. Gegen 6 Uhr hielt ein Zivilauto der Polizei vor der Unterkunft und vermittelte den Blockierenden, dass die Abschiebung nicht mehr stattfinden wird. Danach wurden Platzverweise für Alle ausgesprochen. Nach über drei Stunden wurde die Blockade erfolgreich beendet. Ob die Familie längerfristig in Westeuropa bleiben kann ist unklar. Im Nachhinein hat die Polizei noch Ermittlungen gegen die AntirassistInnen aufgenommen.

Ende April ´11 [MD] Spontandemonstration gegen Sozialabbau

In der Nacht vom Freitag auf Samstag fand eine Spontandemonstration mit 30 bis 40 Teilnehmer_Innen in Stadtfeld statt. Die Demonstrant_Innen zeigten ihr Unverständnis und ihre Wut über die jüngsten Kürzungen im sozialen Bereich in Magdeburg. Weil Geld und Personal fehlt, müssen Konzerte im Heizhaus (städtischen Jugendklub) ab sofort um 1 Uhr beendet sein. Die Polizei die schon nach kurzer Zeit anwesend war, konnte die Demonstration, welche von der Harsdorfer Straße zum Damaschkeplatz unterwegs war, zuerst nicht stoppen. Erst an der Ecke Olvensteder Straße Gerhard-Hauptmann-Straße löste sich die Versammlung, nachdem mehrere Polizeifahrzeuge vor Ort waren, vorzeitig auf. Im Anschluss wurden im gesamten Stadtteil bei mehreren Personen Personalkontrollen durchgeführt.

01.05.11 [MD] 1.Mai - Straße frei!

An der diesjährigen revolutionären 1.Mai- Demonstration beteiligten sich rund 150 Leute um gegen Krieg, Krise und Kapitalismus ihren Unmut Luft zu verschaffen. Die Demo verlief vom Alten Markt nach Stadtfeld zum Infoladen. Zuvor fand bereits eine Kundgebung des Gewerkschaftsbundes auf dem Alten Markt statt.

12.05.11 [SAW] Brandanschlag auf linkes Zentrum

Nachts gegen 1 Uhr wurde das Autonome Zentrum „Kim-Hubert“ (AZ) in Salzwedel von Unbekannten (zwei Tage vor einem Naziaufmarsch) mit drei Brandsätzen angegriffen. Zur Tatzeit befanden sich mehrere Personen im Gebäude, in dem von außen erkennbar Licht brannte. Es ist davon auszugehen, dass die Täter Verletzungen und Gefährdungen von Menschen billigend in Kauf nahmen. Nur durch Glück und umsichtiges Handeln der Anwesenden kam niemand zu Schaden, allerdings richteten die Brandsätze Schaden an der Fassade an.
Das AZ wurde in den vergangenen 15 Monaten bereits viermal von Nazis angegriffen.

Mitte Mai [MD] MVB-Fahrt mit Pistole eingefordert

Ein 20- Jähriger stieg in Hohenwarthe in einen Bus und teilte dem Fahrer mit, kein Geld mit zu haben. Als der Busfahrer ihm eröffnete, dass er ihn nicht kostenfrei mitnehmen darf, zog der junge Mann eine Pistole und forderte eine kostenfreie Fahrt. Eine 62- jährige Zeugin bezahlte daraufhin für ihn den Fahrschein. Der Busfahrer setzte die Fahrt wie geplant fort und informierte die Polizei. Kurz darauf nahmen Polizisten den jungen Mann fest.

17./18.06.11 [MD] Tag der revolutionären Gefangenen

Anlässlich des 19.6., dem Tag der revolutionären Gefangenen, und der internationalen Repression gegen Strukturen der Roten Hilfe International (RHI) fanden u.a. in Berlin, Magdeburg und Stuttgart Aktionen und Aktivitäten statt. In Magdeburg wurde am 17. Juni die Veranstaltung über die Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC) Infoladen abgehalten. Die Veranstaltung mit dem ehemaligen CCC-Gefangenen Bertrand Sassoye wurde von rund 20 TeilnehmerInnen besucht. Es entwickelte sich eine lebendige Debatte um die Geschichte der CCC und die aktuellen Verfahren gegen die RHI. Am 18. Juni wurde auf dem Stadtfelder Sommerfest im Zuge eines Graffiti-Workshops ein sechs Meter langes Transparent in Solidarität mit der Roten Hilfe International gemalt. Das Transparent wurde anschließend am 19. Juni am Sozialen Zentrum aufgehangen.

29.06.11 [MD] Auseinandersetzung in türkischem Imbiss

Zwei Männer griffen einen türkischen Imbissbesitzer in der Agnetenstraße an. Als der Gastwirt die Männer seines Lokals verweisen will

kommt es zu einer tätlichen Auseinandersetzung. Währenddessen äußerten die Angreifer rassistische Parolen. Durch die Auseinandersetzung erlitt der Inhaber Schwellungen im Gesichtsbereich.

09.08.11 [MD] Schändung mehrerer Denkmale

Das Mahnmal für Magdeburger Widerstandskämpfer (Parkanlage Steubenallee) wurde mit Farbe besprüht. Auf der Vorderseite des Mahnmals wurde mit schwarzer Farbe „Nie wieder Kommunismus“ und auf die Gedenktafel, auf welcher antifaschistische Widerstandskämpfer namentlich aufgelistet sind, ein Hakenkreuz mit den Maßen 1x1m aufgetragen.
Weiterhin wurde das Denkmal für die „Alte Jüdische Synagoge“ in der Max-Otten-Str./Ecke Julius-Bremer-Str. beschädigt. Hier wurde auf der Vorderfront mit roter Sprühfarbe das Wort „Schande“ aufgebracht. Auf der rechten Seite wurde mit Sprüh- farbe ein Keltenkreuz und auf der Rückseite zwei Hakenkreuze aufgesprüht.
Eine Woche später, in der Nacht zum 16.08., wurde das Mahnmal für die verfolgten und ermordeten Magdeburger Sinti und Roma beschmiert. In einer Länge von über 3m wurden rassistische Parolen mittels schwarzer Sprühfarbe aufgetragen.

16.08.11 [MD] Gedenken an Rick Langenstein

In Erinnerung an Rick fand in Reform am Gedenkstein eine Gedenkveranstaltung statt. Auf dem Nachhauseweg trafen Antifas auf eine Gruppe Reformer Nazis, welche prompt eine antifaschistische Abreibung erhielten.
*(*Rick wurde im August 2008 von dem Nazi Bastian O. in der Nähe der Disko Funpark brutal ermordet.)*

23.08.11 [MD] Beleidigung und Angriff in Cracau

Auf dem Nachhauseweg von einer Feier befanden sich zwei 24-jährige Deutsche mit scheinbar “ausländischer Herkunft“, als sie um 6 Uhr in der Turmschanzenstraße von 4 Rassisten, welche ihnen entgegenkamen beleidigt wurden. Im Anschluss wurde Einer der Beiden durch Faustschläge am Kopf angegriffen.

01.09.11 [MD] Rassistische Beleidigungen

Ein Standverkäufer am Alten Markt beleidigte zwei spielenden Kindern (im Alter von ca. 4 -5 Jahren) mit scheinbar “osteuropäischem Aussehen“. Dies wurde durch eine 46-Jährige, welche auf dem Markt unterwegs war, bei der Polizei angezeigt.

01.09.11 [MD] Rassistische Beleidigungen

Ein Standverkäufer am Alten Markt beleidigte zwei spielenden Kindern (im Alter von ca. 4 -5 Jahren) mit scheinbar “osteuropäischem Aussehen“. Dies wurde durch eine 46-Jährige, welche auf dem Markt unterwegs war, bei der Polizei angezeigt.

04.09.11 [MD] Schießerei auf dem Hasselbachplatz

Eine 20-jährige Frau erlitt gegen 6 Uhr eine Schussverletzung am Bein. Zuvor soll es in einer Gaststätte am Hasselbachplatz zwischen ihr, ihrem 21-jährigen Begleiter und dem späteren Täter zu einer verbalen Auseinandersetzung gekommen sein. Mitten auf dem Hasselbachplatz eskalierte die Auseinandersetzung, in deren Folge der bislang Unbekannte auf den 21-Jährigen und die junge Frau mit einer scharfen Waffe schoss. Während der Mann unverletzt blieb, wurde die 20-jährige im Bein getroffen.

25.09.11 [MD] Auseinandersetzung mit Nazipunks

Bei einer Auseinandersetzung zwischen Antifas und Nazipunks wurden in einer Straßenbahn in Fermersleben vier Personen verletzt und ein Sachschaden von über 3000 € entstand. An einer Haltestelle war eine Straßenbahn der Linie 92 nach Öffnen der Türen von ca. 20 Personen der autonomen Szene zunächst mit Flaschen beworfen und anschließend gestürmt wurden. In der weiteren Folge erhielten die Nazipunks eine Abreibung. Dabei wurde ein 25-Jähriger und drei Mitarbeiter eines für die MVB tätigen Sicherheitsunternehmens verletzt. An der Straßenbahn wurden drei Fensterscheiben sowie Teile der Inneneinrichtung zerstört. Fahndungsmaßnahmen der Polizei blieben erfolglos.

September [MD] Über 10 Autos in 4 Wochen in Flammen aufgegangen

Laut Zeitungsmeldungen wurden seit einigen Wochen an verschiedenen Stellen der Stadt mehrere Autos in Brand gesetzt. Zuletzt brannte ein hochwertiger BMW in der Mittelstr.. Einige Tage zuvor stand ein Chrysler in Stadtfeld in Flammen.

Oktober [MD] Ulrike bleibt

Das ehemals besetzte Haus „Ulrike“ wurde laut Parolen an der Außenfassade „wiedA besetzt!“ und eine Crossline hinterlassen. Das heute sanierte Haus wurde bereits in der Vergangenheit unzählige Male mit Farbe markiert. Investoren und Besitzer solcher Objekte kriegen scheinbar keine Ruhe…

Notbremse für die MVB – Nulltarif für Alle!

Beitrag von zusammen kämpfen (Magdeburg)

Durch kapitalistische Fahrscheinpolitik werden viele Menschen von der Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel quasi ausgeschlossen. Der öffentliche Nahverkehr in Magdeburg orientiert sich schon lange nicht mehr an den Bedürfnissen der NutzerInnen von Bus und Bahn. Wir sollen horrende Preise für die Tickets bezahlen und viele werden mit Repression der privaten „Sicherheitsunternehmen" konfrontiert. Diese Praxis schlägt sich auch in den Fahrgastzahlen nieder. Nach offiziellen Angaben sind im Jahr 2010 die „Beförderungsfälle" um 2,8 Millionen Fahrgäste zurückgegangen. (2009 = 61 Mio., 2010 = weniger als 59 Mio. Beförderungen) Trotz dieser deutlichen Beförderungsrückgänge konnte die MVB fetten Gewinn einfahren – die Umsatzerlöse konnten um 1,6 Mio. € gesteigert werden. In dem veröffentlichten Geschäftsbericht für 2010 wird klar, dass sich die stetigen Fahrpreiserhöhungen für das Unternehmen ausgezahlt haben. Daneben erhielt die MVB Zuschüsse von der Stadt Magdeburg in Höhe von über 17,1 Mio. €. Zusätzlich betrieb das Unternehmen auch einen innerbetrieblichen Sparkurs denn das Personal verringerte sich um 18 Beschäftigte auf rund 700.

Trotz des erheblichen Rückgangs bei den Beförderungszahlen planen die MVB und die Stadt hohe Investitionen beim Ausbau des Schienennetzes. An der Leipziger Chaussee wurden bereits hunderte Bäume für den Bau einer neuen Endhaltestelle gefällt. Durch die Wienerstrasse (u.a.) soll ebenso eine neue Trasse verlegt werden. AnwohnerInnen haben zu Recht bereits den Protest aufgenommen und Unterschriftensammlungen gesammelt.

Nulltarif für alle!

Während die Reise- und Bewegungsfreiheit, gerade im 21. Jahr nach dem Zusammenbruch der DDR, als wertvollste Errungenschaften des "neu gewonnen" Kapitalismus gefeiert werden ist für Viele von uns eine Fahrt ins Stadtzentrum fast unmöglich. Durch kaum bezahlbare Tickets werden Etliche zum „Schwarzfahren" gezwungen. Oder Andere sind auch einfach nicht mehr bereit einen immer größeren Anteil ihres schrumpfenden Einkommens zur Verwirklichung ihres Rechtes auf Bewegungsfreiheit zu verschwenden.

Die individuelle Überlebensstrategien vieler von uns möchten wir aufgreifen und zu gemeinsamer Aktion und Intervention ermutigen. Ausgrenzung, Isolation und Verelendung durch kapitalistische Verwertungslogik, die alle Lebensbereiche durchdringt wollen wir unsere Solidarität entgegensetzen. Wir fordern unser Recht auf Bewegungsfreiheit ein, sodass Mobilität nicht mehr als Ware gehandelt wird, sondern Allen (kostenlos) zur Verfügung steht. Wir fordern den Nulltarif, so dass mehr Menschen am öffentlichen, sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Wir rufen euch auf, selbst aktiv zu werden – die Forderung nach einem Nulltarif zu verbreiten, oder aber selbst umsonst zu fahren oder Andere zu unterstützen.

Holen wir uns zurück, was uns sowieso gehört! Nulltarif für Alle! Betriebe des öffentlichen Nahverkehrs vergesellschaften - Kapitalismus abschaffen!

Welche Möglichkeiten gibt es noch einen öffentlichen Nahverkehr für mehr Menschen zu ermöglichen?

- große Fahrgemeinschaften bilden, um das Recht auf Mobilität durchzusetzen
- gültige Fahrscheine weitergeben oder auf dem Sitz liegen lassen
- andere Fahrgäste auf zusteigende Kontrolleure aufmerksam machen
- an den Wochenenden andere Fahrgäste auf (m)einer Monatskarte mitfahren lassen

Aber auch sonst stellen die Straßenbahnen einen öffentlichen Raum dar, den es gilt nutzbar zu machen und für uns zu besetzten. Beispielsweise durch Partys, öffentliche Buchlesungen und Infoveranstaltungen oder dem Verteilen von Flugblättern in denen wir eine klassenlose, solidarische Gesellschaft - eine Welt ohne Fahrscheine einfordern.

1000 Nazis auf Rechtsrockkonzert

Beitrag von (AMUA) Autonome Medien und Aktionen

Eine Woche nach dem Kategorie C Konzert in der 400 Seelen Gemeinde Nienhagen (Sachsen Anhalt) fand hier am Samstag den 16. Juli ein weiteres, diesmal international organisiertes Rechtsrockkonzert mit breiter Mobilisierung statt.
Auf der eigens angelegten Seite: "transatlantic-line.info" wurde für das menschenverachtende Spektakel geworben. Angekündigt waren fünf neofaschistische Bands, Youngland (USA), Legion of St. Georg (GB), White Ressitance (D), Sturmtrupp(D) und Nordfront (D). Organisatoren waren die Neonazi-Konzertveranstalter Oliver Malina und Marcus Winter, die bereits Erfahrungen in der Organisation solcher Events haben. In der "Alten Hopfendarre", 200 m vom Ortsausgang von Nienhagen entfernt, finden seit vielen Jahren Rechtrock-Konzerte statt. So auch erst am 09.07.2011, eine Woche zuvor, als Kategorie C das Dorf mit ihren rechten Parolen beschallten.

Gekommen sind am Samstag dann ca. 1000 Nazis. Anfangs schien es ganz nach einem Reinfall auszusehen, doch gegen 17 Uhr füllte sich der Platz vor der etwas klein geratenen Bühne dann doch schlagartig. Der Eintritt von 20 € an der Abendkasse sollte für die Finanzierung des jährlich stattfinden Naziaufmarsches in Bad Nenndorf genutzt werden.
Überall im Ort standen aufgestellte Ordner, die die Anreisenden in die angrenzenden Seitenstraßen verwiesen. Für die Konzertorganisation machte Malinas die Kameradschaft Honour&Pride (H&P) verantwortlich, eine 2005 in Salzgitter gegründete Vereinigung aus Niedersachsen. Deren weibliche und männliche Angehörige trugen einheitliche beigefarbene Shirts. Sicherheitskräfte einer angeblichen Security-Firma aus Wolfsburg übernahmen gemeinsam mit den H&P-Leuten die Einlasskontrollen. Er habe keine Probleme mit den Neonazi-Auftraggebern, betonte der anwesende Geschäftsführer der Sicherheitsfirma, deren Firmendaten im Internet oder in Telefonbüchern ohne weiteres nicht zu finden sind. In der Autostadt ist die Firma nicht bekannt, glichen doch einige der anwesenden Mitarbeiter ohnehin dem Konzertklientel sehr.
Am Abend waren 5 Hundertschaften der Polizei unterwegs, nach eigenen Angaben hielten diese sich aber zurück. Insgesamt ist es eher ruhig in den Gegenden um Nienhagen geblieben. In Halberstadt wurden Scheiben vom Lolo´s Hof, einem Nazitreffpunkt und Npd-Bürgerbüro, sowie dem Lokal "Zum Absacker", einem stadtbekannten Nazitreffpunkt, eingeschlagen.
Das Kategorie C Konzert ein Woche zuvor war mit ca. 300 Besucher_innen deutlich kleiner, als das Transatlantik-Line Konzert. Aber an rechtsradikalen Background fehlte es auch hier nicht. Die Band, die sich seit Jahren versucht aus politischen Themen heraus zu halten, aber ihr Image Jahr für Jahr bröckeln ließ, bewies am 09. Juli wieder einmal mehr, wo sie steht. Neben einem Geburtstaglied für ihren Gitarristen "Reiner" wurde auch "Hoch auf dem gelben Wagen, sitz ich beim Führer vorn" gesungen und "Schwarz, weiß rot bis in den Tod" gegrölt. Natürlich machte das Publikum fleißig mit. Nienhagen, der Heimatort des "KC"-Bassisten Stefan "Ernie" Behrens, ist seit Jahren Anlaufstelle für Neonazis.

Es muss weiterhin auf Nienhagen geschaut werden, da die Location mittlerweile eine bekannte Anlaufstelle für Nazis aus aller Welt ist. Des Weiteren ist es erschreckend, dass Nazis mittlerweile öffentlich Konzerte organisieren können, ohne mit verboten oder dergleichen rechnen müssen.
Wir dürfen keinen Rückzugsort oder Homezone für Nazis dulden und es sollte über eine Initiative gegen die Konzerte in Nienhagen nachgedacht werden, um in Zukunft eine bessere Infrastruktur und Gegenkultur zu schaffen.

solidarische Grüße Autonome Medien und Aktionen [AMUA], amua.blogsport.de

Eine Niederlage ohne Gewinner?

Eine Nachbereitung und Diskussionspapier zur vergangenen Landtagswahl in Sachsen - Anhalt

von zusammen kämpfen (Magdeburg)

Die Material Schlacht ist geschlagen – und die NPD mit 4,6 % auch...

Mit der Fusion der NPD und der DVU kurz vor der Landtagswahl trat die NPD erstmals, nach Beschluss des Deutschlandpaktes 2005, in Sachsen Anhalt an. Damals am 15. Januar 2005 verkündeten die neofaschistischen Parteien (DVU/NPD) den „Deutschlandpakt", in dem sie vereinbarten, bei Wahlen nicht mehr gegeneinander anzutreten. Deutschland wurde unter den beiden Parteien aufgeteilt und jeder bekam ein Stückchen. Sachsen-Anhalt war seit der "Denkzettelwahl" 1999 DVU Gebiet (12,%). Mitglieder der anderen Partei sollten auf offenen Listen mit einbezogen werden; im Gegenzug leisten die Parteimitglieder der nicht antretenden Partei Wahlkampfhilfe. Das letzte Wahlergebnis der DVU lag bei ca. 3 %, da half auch alles Geld des Parteieigentümer Gerhard Frey nichts mehr. Die DVU hatte in Sachsen-Anhalt ausgespielt. Jetzt machte sich die NPD (Sachsen-Anhalt) mit personeller Verstärkung aus den Reihen des ehemaligen DVU – Landesverbandes auf zu einer neuen Wahl. Holger Apfel, Vorsitzender der NPD Fraktion im Sächsischen Landtag, wurde der Wahlkampfleiter vor Ort.

Finanzielle Wahlkampfhilfe für die Sachsen-Anhaltiner wurde teilweise durch Kredite und Leihgaben beschafft. Da soll es wohl auch Kameraden gegeben haben welche mindesten 3,5% Zinsen für ihre Solidarität erwarteten. Rund 250.000 Euro wurden offiziell in den Wahlkampf gepumpt. Es gab professionelle Internetwerbung, Wahlvideos und Zeitungen, Werbe-Trucks, sowie Tonnen an Werbeschildern. Zurück bekommen wird die NPD lediglich 40.000 Euro. Eine Minus Rechnung welche erst einmal verdaut werden muss. Große Töne hatten die NPD und ihr Spitzenkandidat Matthias Heyder bis zum Wahltag von sich gegeben. Auch die Veröffentlichung von ca. 50.000 Emails, welche zum Teil vom Spiegel und der TAZ veröffentlicht wurden, konnte ihre Überheblichkeit kaum zurückdrängen. Den Landtag wolle man säubern, es den Politbonzen mal richtig zeigen. Dazu gab es sogar trendige Internetspiele. Doch schon dort wurden die Widersprüche und strukturellen Schwächen der Nazis offensichtlich. Ein Immobilienmakler als Spitzenkandidat der NPD gegen die Bonzen. Sicherlich war dies kein grundlegendes Problem, zeugte aber irgendwie von der personellen Schwäche, welche sich durch den gesamten Wahlkampf zog. So wurde ein bundesweiter Aufruf an die Kameraden gestartet den Wahlkampf in Sachsen- Anhalt zu unterstützen. Es wurde alles an Potential mobilisiert, aber Stimmung wollte im NPD- Wahlkampfteam aber trotzdem nicht so richtig aufkommen.

AIB-Nr 90 – „Kampf um die Parlamente " – „So echauffiert sich Wahlkampfleiter Holger Apfel darüber, dass Kandidatin Judith Rothe unverschämt hohe Preise für die Unterkunft von Wahlkampfhelfern verlangte. Hartmut Krien von der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der NPD, soll sich laut den internen Emails bei Matthias Heyder mit drastischen Worten über die unzureichende Bezahlung der Unkosten für seine Unterschriften Sammler beschwert haben". Der O-Ton: „Hätte ich einen solchen Handschlag mit einem sprunghaften Neger oder einem Windigen Juden getauscht, wäre ich an die Verwirklichung mit mehr Skepsis herangegangen. Du aber willst nach dem 20. März Vorsitzender einer Landtagsfraktion sein, auf dein Wort muss man sich verlassen können". Erik Schulze, NPD Spitzenkandidat in Halle, soll in einem Brief an Michael Schäfer vom August 2010 unschöne Details aus dem Innenleben der NPD-Jugendorganisation zur Sprache gebracht haben. Erik Schulze war bis 2009 JN Bundesschatzmeister und beklagte demnach: „Hauptsache Ihr haut Euch schön die Taschen voll mit Frontdienst, erdachten Mietverträgen, Reisekostenabrechnungen und Anstellungen für 400 Euro(...). Diese Misswirtschaft geht auf keine Kuhhaut. Ihr seid Verbrecher". Die Bareinnahmen des von Phillip Vallenta geführten JN-Versandes „Frontdienst" seien über Jahre nicht auf JN- Konten eingezahlt wurden. Als schwierig stellte sich auch das Verhältnis der Landespartei zum Kreisverband Altmark heraus. Der Kreisvorsitzende Kai Belau würde bei Anrufen einfach auflegen. Kandidat Heiko Krause ebenso.

Krause hatte sich sogar geweigert Unterschriften für seine eigene Kandidatur im Wahlkreis Genthin zu sammeln. Die Hamburger Nazigröße Thomas "Steiner" Wullf versuchte zu vermitteln, offenbar erfolglos. Insgesamt konnte die NPD nur einen der sechs nördlichen Wahlkreise besetzen. In Stendal wurde ein Kandidat sogar wegen gefälschter Unterschriften abgelehnt. Trotz aller Widerstände wurde die mediale Überheblichkeit immer größer. Fast jeden Tag ein neues Video von Heyder, nach eigenen Angaben verschickten sie sogar noch am Wahlsonntag Kurzmitteilungen, um möglichst viele Anhänger zur Wahl zu bewegen. Der aufgeblähte Wahlkampf der NPD hat in Sachsen-Anhalt Spuren hinterlassen. Neben Landstrichen, welche wochenlang wie ein Sammellager für NPD Plakate aussahen, gab es aber auch sehr vielfältigen antifaschistischen Widerstand. So wurde in der Region Burg am 12. 2. 2011 ein Plakattrupp der Faschisten angegriffen, unter ihnen befand sich der Schweriner NPD Landtagsabgeordnete Tino Müller. Ebenfalls Pech hatten am 15. 2. 2011 NPD-Wahlhelfer nahe Bitterfeld. Sie waren gerade mit dem Aufhängen von Plakaten beschäftigt, als unmittelbar neben ihnen zwei mit jeweils fünf Personen besetzte Autos hielten, aus denen zehn Personen sprangen und die Faschisten mit Steinen, Schlagwaffen und Reizgas angriffen. Etwas später hielt die von den Faschisten alarmierte Polizei eine Frau im Bitterfelder Zentrum an und nahm diese vorläufig fest. Der NPD Kreisverband Weimar veröffentlichte kurze Zeit später das Autokennzeichen auf ihrer Internetseite. Genauso überwältigend war eine Verteileraktion der NPD in Burg am 5. März. Dort verteilte der NPD-Gemeinderat Andreas Kavalir aus Woltersdorf (Brandenburg) zusammen mit vier weiteren Wahlhelfern Flugblätter der NPD. Dabei wurde er von einer Gruppe Vermummter zusammengeschlagen und mit Pfefferspray besprüht. Auch Magdeburg Stadtratsabgeordnete der NPD Matthias Gärtner wurde wieder Ziel von Angriffen. So berichtete die Polizei, dass sein Wohnsitz am Breiten Weg mit Farbe beworfen wurde. Der NPD-Landesvorsitzender Matthias Heyder äußerte sich damals sehr erfreut über einzelne Fahndungserfolge der Bullen. „Auch das heutige Ereignis entlarvt einmal mehr das Märchen vom gewaltbereiten Rechten und ich danke auch der Polizei für ihr beherztes Eingreifen". Ob er darüber auch noch am 11. 3. 2011 so erfreut war, darf bezweifelt werden. Dort hatten NPD-Wahlhelfer in Klein Amsleben (Kreis Börde) einen Mann zusammengeschlagen. Der 32-jährige Radfahrer, der als Freier Wähler im Ortschaftsrat sitzt, hatte in der Nacht zum Montag nach eigenen Angaben "Was soll das hier?" zu den Männern gesagt, die NPD-Wahlplakate befestigten. Wenig später wurde er durch einen Kleinbus gestoppt und von zwei Männern mit einer Eisenstange attackiert. Das Opfer erlitt Prellungen. Das Tatfahrzeug wurde später von der Polizei gestoppt. Als ebenfalls etwas überstürzt würde Herr Heyder wohl auch den Angriff auf einen Dönerladen in Reform kommentieren. Knapp 2 ½ Wochen vor der Wahl waren wohl einige junge Kameraden etwas übermotiviert. Der Dönerladen war schon Wochen vorher der Schauplatz von Angriffen junger Faschisten. Es kam auch zu Auseinandersetzungen zwischen Antifas und Faschisten. Am 5. März gab es wieder einen Angriff auf den Dönerladen „Royal". So gingen Scheiben zu Bruch und Schmierereien wie Hakenkreuze oder der Slogan der NPD-Kampagne "Fremdarbeit stoppen" wurden angebracht. Ebenso wenig erfreut dürfte der Landesvorsitzende über die Eskapaden einzelner Kandidaten gewesen sein. So beispielsweise Andy Knape, welcher am 26. 2. 2011 mit seiner Schlägertruppe von Adrenalin im Eingangsbereich der Festung Mark auflief. Neben Florian Behrens, schien Andy Knape dort besoffen seine Machtgelüste aus zu leben und lies u.a. alternative und dunkelhäutige Menschen nicht auf die Party.

Es kam zu einem öffentlichen Eklat welche die Festung Mark und den Veranstalter zu einer Stellungnahme zwang. Während des Wahlkampfes eine doch sehr unbedachte Handlung, aber auch der Chef mit der Narbe Matthias Heyder hatte mit persönlichen Altlasten und öffentlicher Denunziation zu kämpfen. So ist Junker Jörg aka M. Heyder in Internetforen durch die Veröffentlichung von Bombenbauplänen aufgefallen, eine Tatsache welche nicht unbedingt überall gut angekommen ist. Vor allen Dingen nicht nach dem die Magdeburger Volksstimme diesen Beitrag auf der Titelseite kurz vor der Wahl abdruckte.

Aber auch einzelne Kandidaten wie Axel Meyer und Christian Schwidder wurden von engagierten Antifaschisten in ihren Wahlgebieten tausendfach geoutet.

Neben diesen vielfältigen (und unvollständigen) Aktionen im gesamten Bundesland wurde von Antifas und engagierten Mitmenschen Unmengen an NPD Wahlpropaganda vernichtet. Sprich es wurden Plakate abgerissen, NPD-Zeitungen wieder eingesammelt etc.. Leider muss mensch auch sagen, dass diese Aktionen nicht so viel Einfluss auf die flächendeckende Präsenz im Stadtbild hatte. Außer in einzelnen Stadtteilen, welche von der NPD eher gemieden wurden (hauptsächlich linke/alternative Viertel). So kam es, dass Stadtfeld, der bevölkerungsreichste Stadtteil Magdeburgs, von der NPD im Verhältnis eher vernachlässigt wurden. NPD Plakate wurden 3 mal aufgehängt, das aber auch nur für max. 48 Stunden, dann waren Antifas vor Ort und säuberten Stadtfeld wieder. Dies ist eine Tatsache welche wir auf kontinuierliche antifaschistische Praxis und offene Militanz gegenüber Nazis zurück führen. So kommt es besonders in Stadtfeld immer wieder zu körperlichen Auseinandersetzungen mit Faschisten. Auch gibt es hier mehr alternative Menschen als offenes rechtes Potential. Hier leben größtenteils Menschen welche keine Nazipropaganda im Kiez wünschen. Alles in allem jedoch erinnerte die Wahl 2011 wieder sehr an die Materialschlacht der DVU 1997. Ein kaum zu bewältigender Müllaufwand an nahezu allem woran ein Wahlplakat befestigt werden kann. Doch nun ist es vorbei und die NPD ist geschlagen!?

4,6 Prozent - Für die radikale Linke kein Grund zum Feiern

Auch wenn die NPD verloren hat und nicht in den Landtag eingezogen ist, dürfen wir nicht vergessen, dass ihre Strukturen weiter an diesem Ziel arbeiten werden. Auch die Faschisten werden versuchen ihre strategischen Fehler zu reflektieren um schließlich dazu zu lernen. Denn nach der Wahl ist vor der Wahl. Auch bedeutet der Nichteinzug nicht, dass es jetzt hier weniger Rassisten und Faschisten geben würde. Auch der bundesweite finanzielle Einbruch der NPD durch den Wahlkampf wird für die Strukturen im Bundesland Sachsen- Anhalt relativ unwesentlich sein.

Das Problem hat sich für AntifaschistInnen nicht verändert. Es ist lediglich nicht größer, sprich stärker geworden, das heißt, säßen die Faschisten jetzt im Landtag, würden sie auch noch Geld für ihre Arbeit bekommen (..was sie ja eh vom Verfassungsschutz bekommen..). So sollten AntifaschistInnen inne halten und begreifen dass es wirklich sehr knapp war und das nicht wir allein, die Radikale Linke für dieses Scheitern verantwortlich sind. Knapp 46000 Menschen haben hier in Sachsen Anhalt den Faschisten ihre Stimme gegeben. Wären es nur 3962 Menschen mehr gewesen, säße die NPD nun im Landtag. Die NPD hat mehr rechtes Wählerpotential mobilisiert als die DVU es nach 1998 je wieder geschafft hätte. Das bedeutet, sie hat rechtes Wählerpotential gebunden und ist prozentual gewachsen. Als die DVU 1998 mit 12,9 % einzog, lag die Wahlbeteiligung bei etwa 71,7% und damit höher als jemals zuvor seit Gründung des Bundeslandes Sachsen-Anhalt. Die DVU bekam vor fünf Jahren nur 3%, damals war aber auch die Wahlbeteiligung bei einem Tief von 44,4 % angelangt. Dieses mal war sie deutlich höher, knapp 52 % und das NPD-Ergebnis ist mit 4,6 % stärker als das DVU- Ergebnis fünf Jahre zu vor. Weder in Halle, Dessau oder Magdeburg gelang ihr der Sprung über die 5% Hürde. Hingegen konnte sie in ländlichen Regionen vor allem im Süden Sachsen-Anhalts „gute“ Ergebnisse einfahren. Naumburg (6,2 %), Quedlinburg (7,4 %) und Nebra (8,4%) stechen dabei hervor. In Nebra dürfte die NPD von der Diskussion um den Trainer Battke profitiert haben. Dort scheint die NPD dessen regionale Verankerung und die Diskussion um seine Person genutzt zu haben. Dies bedeutet noch lange keine Entwarnung für die Städte. Es muss leider festgehalten werden, dass im Wahlbezirk 1 Magdeburg mehr Menschen die NPD gewählt (4,4%) haben als beispielsweise in der Nazihochburg Halberstadt (4,3%). Eine Erklärung für das schlechte abschneiden in Halberstadt könnten Auswirkungen der JN Demo vom 5.10. 2010 in Halberstadt gewesen sein. Dort kam es zu Diskussionen über das “undeutsche Auftreten” einiger Halberstädter Kameraden, welche mit Trainingshose und „Pfeffi“ an der Demo teilnehmen wollten. Es entbrannte ein interner Streit mit der JN und das nicht nur auf Altermedia, wo bereits bestehende Konflikte in der nationalen Szene (wie bspw. die Art des Auftretens bei Veranstaltungen) weiter vertieft wurden.

Jedoch kann gesagt werden, dass die ländlichen Wahlergebnisse nicht gereicht haben um die aus den Städten auszugleichen. Wäre die NPD in den Städten Sachsen-Anhalts, wie bspw. Halle wo es kaum eine Praxis der NPD gibt, personell etwas besser aufgestellt, hätte es jetzt auch anders aussehen können. Beachten muss Mensch dabei auch, dass beispielsweise ein Wahlkampf in dünn besiedelten Regionen weitaus aufwendiger ist als in einer Stadt, wenn die NPD dort nicht verankert ist. Zumindest was die „persönliche Vermarktung" der Partei angeht. Das jedoch konnte die NPD leider, trotz allen Widerständen, verhältnismäßig gut umsetzen. Bei den Wählern unter 30 Jahren erreicht die NPD 12%. Bei den 30-44 Jährigen hingegen schon nur noch 6 %, sowie bei Arbeitern 7% und unter Arbeitslosen sogar 10%. Doch Statistiken und Hochrechnungen gab es viele, vorher wie nachher. So schreibt die Magdeburger Volksstimme „Gesetzt den Fall, am vergangen Sonntag hätten in Sachsen-Anhalt nur die Männer gewählt, säße die NPD jetzt mit 7% im Landtag."

Versuch einer Schlussfolgerung Widerstand ist weiter notwendig – vor allem durch eine kontinuierliche linke Praxis!

Neben zwei Demonstrationen im Raum Sachsen-Anhalt gab es noch Aktivitäten gegen den Aufmarsch der Faschisten in Dessau. Die beiden genannten Demonstrationen waren zwar Antifa-Demos (Oschersleben/Stadtfeld-Ost), jedoch setzten sie sich hauptsächlich mit lokalen Naziproblemen & Strukturen auseinander. Einen Umstand, welcher erst mal zu begrüßen ist – denn das lässt auf kontinuierliche regionale Arbeit schließen. Auf der anderen Seite muss Mensch und wir als Zusammen Kämpfen selbstkritisch feststellen, dass in Sachsen-Anhalt weit aus mehr möglich gewesen wäre. Mensch hätte durch eine Strukturierung und bessere Vorbereitung eine breitere Öffentlichkeit schaffen können. Wir als Zusammen Kämpfen hätten eine linksradikale Kampagne gegen die Wahl der bürgerlichen Parteien vorgezogen, um unsere eigenen antirassistischen und klassenkämpferischen Inhalte vermitteln zu können. Statt dessen dominierten bürgerlichen Initiativen, wie bspw. das „Wähl
halb der Linken nur auf bedingte Resonanz traf. Das hat vielleicht auch damit zu tun, dass sich diese Organisatoren größtenteils gegen eine Beteiligung von Zusammen Kämpfen ausgesprochen haben. Das dürfte auf die Antideutsche Jugendantifa Halle zurück zu führen sein. Einen Umstand den wir kaum bedauern, außer deren fortdauernde Existenz. So braucht die Linke nicht jeden Partner. Von diesen Bündnissen haben doch bürgerliche Parteien und Initiativen doch immer noch den meisten Nutzen. In den ländlichen Regionen Sachsen- Anhalts, wo die radikale Linke sehr marginalisiert bis gar nicht vorhanden ist, scheint der bürgerliche Antifaschismus der etablierten Parteien als letzter halt gegen die Faschisten. Davon profitieren Initiativen wie „Kein Ort für Nazis" oder Bürgerinitiativen gegen „rechte Gewalt/ oder nur Gewalt". Diese sind prinzipiell ja nicht verkehrt, aber für die Bürger gemacht. Jedoch darf dies nicht von der Linken als einzige Möglichkeit verstanden werden die Faschisten aus den Parlamenten heraus zu halten. Auch Initiativen wie die Mobile Opferberatung sollten kritisch hinterfragt werden, ihre einseitige Informationspolitik gegenüber militanten Antifaschisten sowie ihre permanente Zusammenarbeit mit Polizei und Verfassungsschutz lassen sie als Bündnispartner untragbar und gefährlich werden. Als radikale Linke sollten wir den antifaschistischen Kampf vor allem in den Städten Sachsen- Anhalts vorantreiben, denn hier gibt es noch antifaschistische Strukturen und Potential. Wir dürfen uns nicht an Events wie Großaufmärschen oder Wahlen aufhängen. Was zählt ist kontinuierliche linke und klassenkämpferische Aufbauarbeit und das erfordert langfristig auch den Aufbau von Strukturen in ländlichen Regionen. Das bedeutet für uns die Umsetzung des antifaschistischen Selbstschutzes sowie eine eigene kontinuierliche linksradikale Praxis vor Ort. Es bedeutet linke Freiräume zu erkämpfen und zu verteidigen, sei es auf der Straße bei einer Demonstration, bei Aktionen im Kiez oder bei einer Hausbesetzung. Dazu gehört natürlich auch die Verteidigung gegen Angriffe von Bullen und dem Staat sowie seinen Kettenhunden- die Faschisten. Eine eigene linke Praxis ist notwendig, weitaus wichtiger als bspw. die bürgerliche Heuchelei zum jährlichen Marsch der Faschisten in unserer Stadt. Das konsequenter linker Widerstand und Selbstschutz seine eigenen Früchte tragen kann, zeigt die Kleinstadt Burg. Diese gilt als „Faschoverseuchte" Kleinstadt im Osten der Provinz. Dort errang die NPD lediglich 3,5%. Dies wird auch Szene interne Gründe haben, wird aber die Freude der Antifaschisten aus Burg kaum mildern.

Ein Grund für das Scheitern der Nazis könnte die größere Wahlbeteiligung sein. 52% der etwa zwei Millionen Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Das waren immerhin 7,6% mehr als bei der Landtagswahl im Jahr 2006. Das allerdings hat weniger mit der Angst vor dem Einzug der NPD zu tun, sondern lag eher an dem ersten Bürgerentscheid in Magdeburg, welcher über den Bau der Ulrichskirche gleichzeitig abgehalten wurde. Der Aussage des Jungle World Autor Michael Taeger können wir auch nur widersprechen. So meint der Autor, dass der engagierte Wahlkampf der Grünen gegen Fremdenfeindlichkeit sowie ein Aufruf von Antifaschisten wählen zu gehen ebenfalls ein wichtiger Beitrag waren um die NPD zu schlagen. „Diese hatten sich in der Vergangenheit immer wieder als »Anti-NPD-Partei« präsentiert und maßgeblich das »Bündnis gegen Rechts« in Magdeburg unterstützt. Außerdem machte die Partei im Wahlkampf ausdrücklich die Fremdenfeindlichkeit im Land zum Thema." Sicher sind die Grünen jetzt drinnen, aber das scheint eher an der allgemeinen gesellschaftlichen Meinung zur Umwelt und Natur zu liegen. Die Imageaktionen des BgR (Bündnis gegen Rechts Magdeburg) bzw. die Meile der Demokratie zum Naziaufmarsch in Magdeburg, wird keinen normal denkenden Antifaschisten überzeugt haben Grün zu wählen. Einige etablierten Parteien profitieren minimal von der berechtigten Angst junger Menschen, welche denken mit der Wahl einer Partei etwas gegen die rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt tun zu können. Dieses Wählerklientel wird sehr klein sein, denn kaum jemand glaubt hier das etablierte Parteien etwas verändern. Aber bspw. die Grünen binden hier vor Ort schon ein linkes Klientel mit antifaschistischen Bewusstsein. Es mag auch darüber spekuliert werden, ob das Thema Fukushima und Atomkraft Auswirkungen auf die Wahl gehabt hatten, so lagen aber die Prognosen für die Grünen vor der Wahl (und auch vor Fukushima) ähnlich hoch. Auch wenn Fukushima das Hauptargument der Faschisten für ihre Niederlage ist. Denn auch die Hochrechnungen der Faschisten mit ca. 5 % scheinen im Nachhinein sehr realistisch und wenig geschönt.

Das bedeutet auch, dass es die radikale Linke nicht aus eigener Kraft geschafft hat die Faschisten zu behindern. Es bedurfte den städtischen und regionalen „demokratischen Initiativen" des Landes, wie bspw. von der Amadeus Antonio Stiftung (Kein Ort für Nazis). Dies kann keine Perspektive für die radikale Linke im Osten (oder sonst wo) sein. Wie kann alles recht sein um den Einzug der NPD zu verhindern. Eine Einstellung, welche wir langfristig nicht teilen können. Wir sind froh und erleichtert das die NPD nicht im Landtag sitzt, doch um welchen Preis? Das die Linkspartei und die Grünen als Helfer in der Not in der linken Szene wieder hoffähig werden? Das sich bürgerliche Parteien als Lösung für ein Problem anbieten, welches sie selbst reproduzieren, ist untragbar. Um keinen Preis werden wir vergessen welche Partei das Konzept für das ZAST System (Zentrale Aufnahmestelle) in Halberstadt entwickelt hat .. die LINKE .. Um keinen Preis werden wir vergessen, wessen Außenminister den ersten Krieg der BRD anzettelte .. die Grünen .. Als Linke gilt es eine revolutionäre Perspektive zu entwickeln, diese schließt den Kampf gegen Faschisten logischerweise mit ein.

Dies aber nicht auf der Grundlage eines Bündnis mit Ausbeutern und Mördern der Menschheit. Unsere Perspektive drückt sich für uns im revolutionären Kampf und den damit verbundenen antifaschistischen Selbstschutz aus und nicht in der Anbiederung an diesen Staat. Wir können und dürfen uns nicht auf die Parteien dieses Systems verlassen, denn sie sind ein Teil des Problems und die Ursache für unvorstellbares Leid auch hier in Sachsen-Anhalt! Erinnern wir an Thorsten Lamprecht, welcher unter den Augen der Polizei tot geprügelt wurde – Erinnern wir an Oury Jalloh, welcher in Dessau von Polizisten in einer Zelle ermordet wurde – Erinnern wir auch an Farid Bukid, welcher durch die Himmelfahrtkrawalle 1994 starb, bei denen Polizisten lediglich zuschauten. Diese bürgerlichen Parteien und Institutionen brauchen nicht unser Gewissen zu verteidigen. Wir wissen an euren Händen klebt Blut. Die bürgerlichen Parteien, welche nicht nur mit Hartz 4 unserer Klasse ausbluten lassen, haben kein Interesse den Rassismus zu bekämpfen. Rassismus ist eine Grundlage der herrschenden kapitalistischen Ausbeutungslogik, welche auch den bürgerlichen Staat existieren lässt. Aktuell reicht ein Blick nach Griechenland wo in Zeiten der Krise von Staat und Kapital die Faschisten und der Staat Hand in Hand gehen. So schützen dort die Bullen die Faschisten während sie MigranntInnen und Linke überfallen. Alles, um ein Klima von Angst und vor allem Rassismus zu schüren. Nicht nur in Griechenland wird der Klassenkampf in offener Konfrontation sichtbar. Den Kampf gegen unsere Klasse – geführt von Bullen & Faschisten und dass die Geschichte sich wiederholt – dürfen wir nicht zulassen. Hinter dem Faschismus stand schon immer das Kapital...

Arbeitskreis Antirassismus Magdeburg

Wie verstehen uns als Arbeitskreis, welcher sich mit der Problematik des latenten sowie offenkundigen Rassismus in der BRD, vor allem in Sachsen- Anhalt, beschäftigt.
Seit Beginn der 1990er Jahre schottet sich Europa und somit auch die Bundesrepublik immer stärker gegen Flüchtlinge und MigrantInnen ab. Diese Maßnahmen zielen im Kern auf drei Entwicklungen:

1. es gelingt immer weniger Menschen, überhaupt als Asyl"bewerberInnen" nach Europa/Deutschland zu gelangen
2. in den meisten EU-Staaten wird es immer schwieriger einen legalen Aufenthalt zu bekommen
3. Jahr für Jahr werden ca. 30.000 - 50.000 Menschen allein aus Deutschland abgeschoben.

Die rassistische Flüchtlingspolitik der BRD zeichnet sich im Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht und Lagerisolation und anderen Sondergesetzen für MigrantInnen ab.
Die Zustände in den Lagern, das willkürliche Verhalten der Behörden gegenüber Flüchtlingen, Schikanen und Demütigungen (bei Abschiebungen) geschehen momentan unter dem Schutz der Anonymität. Daher ist Oeffentlichkeitsarbeit notwendig.

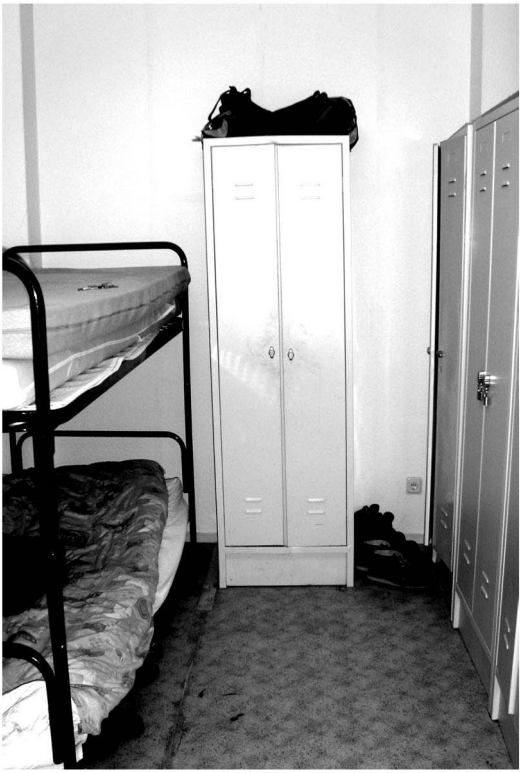
www.antiramd.tk

Herzlich willkommen in Bernburg an der Saale

Das Flüchtlingslager in Bernburg ist nur ein Beispiel, welches die allgemeinen Lebensbedingungen von Flüchtlingen widerspiegelt.
Der von der AWO betriebene Plattenbau befindet sich am Rand der Stadt und ist Teil des Industriegebietes. Das Eingangstor ist mit einem AWO-Herzaufkleber dekoriert.
Etagenküchen, Gruppentoiletten und -duschen, begrenzte Waschzeiten, Zimmerdurchsuchungen und Eigentumskontrollen definieren den Alltag.

200 Menschen müssen dort leben und werden in die 5 Stockwerke nach ihren Nationalitäten sortiert. Das Zusammenleben extrem unterschiedlicher Kulturen (Sprache, Bräuche, Wertvorstellungen) erschwert ein Miteinander. Dies führt zu Konflikten , (gewalttätigen) Auseinandersetzungen und permanenter Bedrohung.

Zudem haben Menschen ganz unterschiedliche Lebensrhythmen und Bedürfnisse, die auf engstem Raum zusammenkommen. Privatsphäre ein völliges Fremdwort.
Es gibt kaum Spiel- und Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche. Ein Mädchen, das Geige spielt, muss im Trockenraum üben, weil im einzigen Zimmer eine ganze Familie beengt zusammenlebt.
Viele Personen sind psychisch stark belastet aufgrund ihrer früheren Lebenssituation (Verfolgung, Krieg, Armut, Gewalt, Folter, Flucht). Dazu kommt ein unsicherer Aufenthaltsstatus, die gesellschaftliche Isolation und Diskriminierung/Pöbeleien/Angriffe, sowie Willkür der Behörden und der Heimleitung, denen die Betroffenen oft ohnmächtig gegenüberstehen. Die Benutzung einer Mikrowelle beispielsweise wurde nicht erlaubt, da diese laut der Heimleiterin Luckau zu viel Strom verbrauchen würde. Auch wurde berichtet, dass Frau Luckau an die Tür der Dusche klopft, wenn jemand „zu lange“ duscht.
Ab 22 Uhr werden teilweise Strom und warmes Wasser abgestellt. Hinweise in den gemeinsam genutzten Räumen wie Waschräume und Toiletten werden grundsätzlich nur auf deutsch ausgehängt.



Ein 20 qm enges Zimmer steht einer vierköpfigen Familie zu. Nachdem ein Baby in diese Familie geboren wurde, wird dieses Zimmer für fünf Leute zugelassen.
„Alleinreisende" Personen teilen sich ähnlich große Zimmer mit vier bis fünf unbekannten Menschen, oft Jahre lang.
Eine gemeinsame Sprache zu erlernen (Deutsch) wird nur Personen mit einem bestimmten Aufenthaltstitel gewährt, und kostet außerdem Geld. Neben diesem „Integration"skurs gibt es in Bernburg keinen anderen Sprachkurs. Menschen die die Sprache erlernen wollen, müssen in andere Städte ausweichen. Bei einem monatlichen Sozialgeld zwischen 150 und 200€, fallen die benötigten Bahntickets stark ins Gewicht. Dies gilt ebenfalls für medizinische Versorgung, im speziellen für Psychotherapien und Beratungsstellen.

„Integration fördern und fordern" (Motto der St.Johannis GmbH)

Unabhängige Beratungsstellen sind in Bernburg nicht vorhanden. Die St.Johannis GmbH, eine „gemeinnützige Gesellschaft für soziale Dienstleistungen", wird vom Land Sachsen-Anhalt bezahlt und arbeitet mit der Ausländerbehörde zusammen. Zu ihren Aufgaben zählt es z.B. Flüchtlinge über ihre „Rechte und Pflichten" aufzuklären und „Informationen weiterzugeben", womit der Informationsfluss Richtung Ausländerbehörde gemeint sein dürfte. Ebenfalls unklar ist es, wie Flüchtlinge (besonders wenn sie erst kurze Zeit hier sind) beraten werden sollen, da es so gut wie keine Dolmetscher gibt, die nach Aussage der Sozialarbeiterin Dix „Geld kosten".
Sie darf Flüchtlinge, ihren eigenen Angabe zufolge, angeblich nicht im Lager beraten, allerdings kommt sie wöchentlich zum Kaffee ins Büro der Heimleitung. Als Leute sich Hilfe suchend dorthin wandten, da sie sich durch einen Mann mit Messer bedroht fühlten, schritten weder die Heimleiterin noch Frau Dix ein.

„Über 20 Jahre Erfahrung“ (Motto der „Putzbären“)

Alle vier Wochen wird das gesamte Gebäude von 9.30 bis 15 Uhr evakuiert , um es durch eine Gebäudereinigungsfirma („Die Putzbären“) mit Insektenbekämpfungsmittel ausspritzen zu lassen.
Perma- Soft, ein Mittel der Firma Delicia aus Delitzsch enthält Esbiothrin und Piperonylbutoxid, zwei umweltgefährdende Gifte.
Laut einer von Greenpeace im Jahre 2010 veröffentlichten Schwarzen Liste ist das Nervengift Esbiothrin vom Gebrauch ausgeschlossen. (Nr.299, Stand 15.1. 2010) Es ist sehr giftig für Wasser(organismen) und gesundheitsschädlich beim Einatmen und Verschlucken. (R20/22-50/53)
Pbo wird von den deutschen Zulassungsbehörden nicht als Wirkstoff in der Liste der zugelassenen Pflanzenschutzmittel aufgeführt.
„Wegen der möglichen gesundheitlichen Nebenwirkungen muss von der Verwendung pyrothroidhaltiger Insektenbekämpfungsmittel in Innenräumen dringend abgeraten werden.“ (Schadstoffberatung Tübingen)
Pbo ist ebenfalls giftig beim Einatmen und sehr giftig für Wasser und dessen Organismen.
Laut einem Mitarbeiter der Firma Delicia werden pro Jahr nur etwa 20- 25 Kanister dieses Mittels verkauft und eignet sich auch nach eigener Aussage nicht für Wohnungen, da die Räumlichkeiten, in denen u.a. Kinder und Säuglinge leben, nach dem Gebrauch mit Hochdruck gereinigt werden müßten. (laut Beschreibung für Krankenhäuser und Großküchen. In der Schweiz z.B. nur in Getreidespeichern und Mühlen zugelassen)
Es stellt sich die Frage, wieso ein derart giftiges Mittel eingesetzt wird, zumal der einzige „Warn“hinweis gegenüber den Bewohner_Innen lautet , Geschirr und Essen abzudecken.

Abschiebung nach Serbien, Mai 2011

Im Folgenden die Erfahrungen einer gemeinsam mit ihrer Familie abgeschobenen Frau: „Ein Uhr nachts kamen ungefähr zehn Polizisten, die uns 20 Minuten Zeit gaben, unsere Sachen zu packen. Ich versuchte zu schreien, damit andere kommen und uns helfen, die Sachen zu packen. Frau Luckau hielt mir den Mund zu. Sie schrie und verbot den Menschen aus ihren Zimmern zu kommen. Am Freitag und Dienstag darauf hätten wir 100 und 15o€ erhalten sollen. Stattdessen gab uns Frau Luckau 20€, da wir kein Geld hatten.“

Solidaritaet statt Integration!
Gegen Lagerisolation und menschenunwürdige Behandlung von MigrantInnen!
Keine Lager nirgendwo, Bewegungsfreiheit für alle Menschen!
Die Arbeiter “WOhlfahrt“ zur Rechenschaft ziehen!

Interview mit einem Mann aus Nigeria, welcher 2 Jahre im Heim in Bernburg leben musste

Das Heim scheint eine alte Armeebaracke zu sein, einige Kilometer weg vom Stadtzentrum. Männer, Frauen und Kinder unterschiedlicher Nationalitäten leben dort. In der ersten Etage sind Leute aus dem Niger, Gambia, Nigeria und dem Senegal. Jede Person hat 4 qm zum Leben. Es mussten auch schon sechs Leute in einem Raum leben. Die Ausstattung ist spärlich, es gibt nicht mehr als zwei Doppelstockbetten, Schränke, einen Tisch und zwei Stühle. Einige Räume sind nicht größer als Gefängniszellen.
Die Toiletten sind oft verdreckt, das Wasser zum Waschen ist unhygienisch. Manche bekommen nach dem Duschen Ausschläge auf der Haut.
In allen Räumen gibt es Kakerlaken. In der Küche kann man sein Essen

nicht offen stehen lassen.
Die Menschen klagen über Atemprobleme, wenn sie lange in den Räumen sind, besonders nach dem Aufstehen. Das Gebäude ist in sich selbst zu alt. Im Winter leiden die Leute. Die Betten sind zu alt, die Matratzen hart. Die Bettbezüge werden alle zwei Wochen gewechselt.

Der Entwurf der deutschen Asylpolitik ist die erzwungene Gewohnheit, zu essen und zu schlafen.

Jeder Mensch hat das Recht auf eine eigene Privatsphäre, aber im Heim ist es nicht möglich.
Unsere Post wird an der Rezeption empfangen. Die Post geht vom Hausmeister zur Sozialarbeiterin und dann zu uns. Alle sehen, welche Art Briefe wir bekommen und von wem die Briefe sind.
Sie wissen alles über uns. Z.B. müssen wir um Erlaubnis fragen, um jemanden in einer anderen Stadt besuchen zu können. Sie wollen die Adresse der Person und den Zeitpunkt. Daran sehen wir, das die Sozialarbeiterin alles wissen will. Wenn du die Erlaubnis vergisst und von der Polizei kontrolliert wirst, schicken sie dich mit einer Anzeige zurueck oder sie bringen dich ins Gefängnis.
Das zeigt, dass das Heim ein offenes Gefängnis ist, in dem viele von uns viele Jahre leben muessen, vom Rest der Gesellschaft isoliert.

Die Ausländerbehörde in Bernburg belästigt uns. Einige Leute müssen jede Woche mehrere Kilometer dorthin gehen, um ihre neue Duldung abzuholen. Die Mitarbeiter der Ausländerbehörde drohen uns immer mit Abschiebung und Geldkürzungen.
Auch haben wir keine Chance auf eine Ausbildung, solange wir im Heim wohnen.
Keine Job, nichts zu tun, Tag für Tag.
Auf der anderen Seite bekommen wir als Flüchtlinge 150 € pro Monat und einige bekommen Gutscheine für Essen. Das ist hart und diskriminierend.

Bernburg ist dabei uns zu zerstören, Tag für Tag. Die Leute sind müde von all dem und wir können nichts tun, wir haben keine Rechte.

ANTIRASSISTISCHE MELDUNGEN WELTWEIT

04. Mai BITTERFELD
In der Nacht auf den 4. Mai wurde ein Flüchtling aus Benin am Bahnhof BITTERFELD von zwei Männern bedroht und angegriffen. Er wurde angeschrien, ob er einen deutschen Pass besitze. Beide verhielten sich äußerst aggressiv und bedrohten den Mann mit einem Metallstab, mit dem einer der beiden Angreifer mehrfach nach dem Mann schlug, dem es gelang, wegzulaufen und die ihn verfolgenden Angreifer abzuschütteln. Dies ereignete sich, nachdem der Angegriffene bereits ein Zusammentreffen mit der Polizei hatte. Gegen 22 Uhr befand er sich auf der Heimreise und wurde aufgrund eines nicht funktionierenden Lichtes an seinem Fahrrad gestoppt. Da sich der Flüchtling nicht ausweisen konnte, wurde er auf das Polizeirevier in Bitterfeld gebracht. Die Überprüfung der Identität ergab die Richtigkeit seiner Angaben. Daraufhin sei er aufgefordert worden, dass Revier umgehend zu verlassen. Er bat um Hilfe, da er sich in Bitterfeld nicht auskannte, was ihm die Beamten verweigerten. Er wurde nach draussen verwiesen und die Tür abgeschlossen.

24./25. Mai SCHWEDEN
Schweden deportierte erneut irakische Flüchtlinge mit einem FRONTEX-Charterflug.
Am Abend versammelten sich ungefähr 100 Leute des Netzwerks „Aktion Mot Deportation" vor dem Abschiebeknast in Märsta (bei Stockholm).
An allen Eingängen wurden Barrikaden errichtet, am Hintereingang ketteten sich Leute fest, auch Autos wurden benutzt, um die Zugänge zu versperren. Die Polizei ging gewalttätig gegen die Blockade vor, eine Gruppe Azubis wurde vor Ort eingewiesen, wie Arme und Hals zu verdrehen sind, um Leute zum Aufstehen zu bewegen. Ebenso zerstörten sie die Scheiben eines parkenden Autos, während Leute darin saßen und verprügelten den Fahrer. Die Blockade hielt drei Stunden. Am Flughafen wurde einige Stunden später versucht, den Bus aus dem Abschiebeknast Flen zu blockieren, allerdings ohne Erfolg.
Schweden ist eines der wenigen europäischen Länder, welches Menschen in den Irak deportiert, der als sicher gilt. (im Widerspruch zu UN,UNHCR und amnesty int.) Seit 2008 haben Massendeportationen stark zugenommen.

Mai/Juni GRIECHENLAND
Am 3. Mai griffen Faschisten aus einer Demo heraus das selbstgebaute Flüchtlingslager in Igoumenitsa an. Danach riegelte die Polizei alle Zugän-

ge in die Stadt ab, sodaß Menschen nicht mehr die Möglichkeit hatten, an Essen (aus Mülleimern) zu kommen. Am 9. Juni wurde das Lager geräumt und zerstört, nachdem schon im Mai mehr als 450 Menschen verhaftet wurden.
Mehr Infos zur Situation in Griechenland: clandestinenglish.wordpress.com

9.Juni ITALIEN
Eines der von der italienischen Regierung im Zuge der Einwanderung aus Tunesien eingerichteten, angeblich temporären Identifikations- und Abschiebezentren, wurde am 8. Juni auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Caserta geräumt und unter Beschlagnahme gestellt.
In der Nacht zuvor war die auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne bei Caserta, unweit von Neapel eingerichtete Zeltstadt, in der 98 tunesische Migranten festgehalten wurden, in Brand geraten. Ursache des Brandes waren nach Zeugenaussagen CS-Gas Patronen. Die Behauptung der Polizei, dieser sei durch Migranten verursacht worden, genügte den ermittelnden Staatsanwälten offenbar nicht. Für die 98 Lagerinsassen fordert der Migrationsbereich der Gewerkschaft CGIL nun politisches Asyl.
Berichte von Übergriffen, Misshandlungen, unwürdiger Versorgung und Verpflegung, Missachtung von Rechten und Nachrichten über größere und kleinere Revolten sowie Ausbrüche und Ausbruchsversuche erreichen schon seit mehreren Jahren - oft im Wochen oder gar im Tagesrhythmus - die Außenwelt, wenn auch nicht die breite Gesellschaft. Auch die Selbstverstümmelung ist, als extreme Protestform, in beängstigendem Rhythmus Teil dessen, was unter Mühen nach Außen dringt.

18.Juni FRANKFURT
Demo in der FRANKFURTer Innenstadt von ca. 350 Leuten. Die besondere Stimmung der zweistündigen Demo entstand durch den Wechsel von lautstarken Sprechchören und Schweigeminuten, bei denen sich die ganze Demo hinsetzte. Es wurde gefordert, dass die Erschießung von Christy Schwundeck aufgeklärt wird, die am 19. Mai im Jobcenter Mainzer Landstraße von der Polizei erschossen wurde. Christy Schwundeck befand sich in einer akuten Notlage; sie hatte kein Geld mehr zum Leben. Der Sachbearbeiter und die Leiterin des Jobcenters verweigerten ihr einen Vorschuss von 10 Euro und bestanden darauf, dass sie das Haus verlässt. Als die Polizei eintraf, eskalierte die Situation aus bisher ungeklärten Gründen. Während die Staatsanwaltschaft Frankfurt noch am selben Abend von „offensichtlicher Notwehr“ sprach, will die „Initiative Christy Schwundeck“ wirkliche Aufklärung. Viele Fragen seien nicht beantwortet, so zum Beispiel warum das Jobcenter sagt, Christy Schwundeck sei friedlich gewesen bis zur Ankunft

der Polizei, im Gegensatz zum Sicherheitsdienst, der die Polizei wegen einer „randalierenden Frau“ verständigte. Die Medien sprachen ebenfalls sofort von einer „randalierenden“ Person. Manga Diagne von der Initiative fragt: „Warum fallen Medien und Staatsanwaltschaft ein Urteil, ohne offene Fragen beantwortet zu haben. Soll hier zum Schutz der Polizei nicht ermittelt werden? Wir werden weiter dafür kämpfen, dass es zur Beantwortung unserer Fragen kommt und in einem Prozess Klarheit geschaffen wird.“

21.Juni ENGLAND
Abschiebeknäste in Colnbrook und Harmondsworth blockiert, um einen angekündigten Charterflug in den Irak zu verhindern. Etwa 30 Leute protestierten vor dem Haupteingang der beiden Knäste in der Nähe des Flughafens Heathrow. Sechs Leute befestigten sich mit Glas- und Plastikröhren an Zementstelen, sodaß die Busse mit 30 Menschen den Komplex nicht verlassen konnten. Abgeschoben werden sollten etwa 60-70 Leute aus ganz England, mit doppelt soviel Privat-Security und Immigration Officers. Der Flug wurde abgesagt. Vor einigen Wochen begannen Häftlinge in Colnsbrook schon einen Hungerstreik, um gegen die drohende Abschiebung zu protestieren.

2.Juli FRANKREICH
Ca. 30 Leute blockieren den Haupteingang zum Abschiebeknast und der Polizeistation in Coquelles bei Calais als Gegenschlag zu Massenverhaftungen und Räumungen von MigrantInnen und fortwährende Misshandlungen. Um 7 Uhr wurden 2 Zementblöcke installiert, an die sich 4 Leute ketteten, während andere die Tore verschlossen und sich als menschliche Kette formierten. Nach 1 ½ Stunden wurden alle Personalien aufgenommen und die Menschenkette aufgebrochen. 2 Menschen ohne Papiere wurden inhaftiert, und mit „Nichtbefolgung“ angeklagt. (Alle die Anklagen bekamen, waren jene, die aus Solidarität keine Papiere abgaben.)

8.Juli LEIPZIG
Nach vier Verhandlungstagen ist das Urteil im Mordfall Kamal gesprochen worden. Das Landgericht Leipzig verurteilte Marcus E. wegen Mord aus niedrigen Beweggründen zu 13 Jahren Haft (mit anschliessender Sicherheitsverwahrung) und Daniel K. wegen gefährlicher Körperverletzung zu 3 Jahren Haft verurteilt.
Auf Basis dieses Urteils muss Kamal K. auch offiziell als Opfer rechter Gewalt anerkannt werden. Zumindest eine Leerstelle in der lückenhaften offiziellen Statistik könnte so geschlossen werden. Von über 150 Todesopfern rechter Gewalt werden von der Bundesregierung nur 47 gezählt.

Kopfkino - ein Gedankenspaziergang zum Krieg

Krieg hatte in der Geschichte der Menschheit schon immer eine große Bedeutung. Oder besser gesagt seit dem mensch denken kann wurden kriege geführt und irgendwie musste mensch mit dessen Auswirkungen leben - groß oder klein. Außerdem konnte und kann mensch, seine Zeit damit beschäftigen diese anzuzetteln oder zwei Seiten von Hirnies mit Waffen oder Mitteln zu rüsten um zuzusehen wie sie sich die Schädel wegpusten damit sie die Reste aufsammeln können um damit zu veranstalten was am meisten Profit bringt. Vor dem Krieg, während dem Krieg, und nach dem Krieg, es gibt Leute die wissen wirklich wie man Geld macht. Ziemlich weit her geholt werden die meisten jetzt meinen aber sind es doch simple Tatsachen, wenn mensch sich mit der Geschichte unseres Planeten auseinander setzt - nur ein kleines Stück weit unter der Oberflache. Genauso wie bestimmt viele Historiker bestätigen können das Kriege nie mehr waren als die Durchsetzung des Willens von Interessenparteien die genug Geld, Macht und Einfluss hatten. Mensch könnte auch sagen: Nationen, imperialistische Kolonialherrscher, Konzerne, ökonomische Interessen kapitalistischer Monopole, religiöse und ideologische Führer und wer weiß noch wer alles schön die Massen angespornt hat im großen Stile zu morden. Wie uns unsere Vergangenheit lehrt gibt es immer genug Gründe Blut zu vergießen. Sei es das ein König oder Regime installiert wird um hier die Bodenressourcen zu exportieren oder die Machtinteressen einer bestimmten Minderheit (von Kapitalisten) durchzusetzen. Es gibt scheinbar immer genug Gründe um Massen zu bewaffnen und dieser dem Befehl zum morden zu erteilen. Wir Menschen haben leider auch die nützliche Eigenschaft, gerne das zu tun was man uns sagt ohne uns über die Konsequenzen dessen bewusst zu sein. Wunderbar, ein Haufen Menschen die ihr Gehirn ausschalten sogleich die Trompeten erklingen, aufgestellt in Batallionen gleich gekleidet. Bereit um ihr Gehirn in die Hände ihrer Vorgesetzten zu legen, aus welchen Grund auch immer ("bei uns machen sie Karriere, tun sie was man ihnen sagt und sie bringen´s weit, uns gefällt ihre Einstellung"). Bereit zu Morden und zu sterben um ihn dieser geldregierten Welt zu überleben (Mörder verdienen gut) - dies natürlich schön geredet durch patriotische Freiheitsideale. Das nur damit sich kleine Interessenparteien erreichen können. Das Leid Dritter interessiert meistens Keinen. Ganz normale Leute die eigentlich für das Ganze nix können und auch weiter nix verbrochen haben außer vielleicht den Fehler begangen zu haben in einer Gegend geboren zu sein die voller ökonomischer Bodenressourcen steckt. Wow, ganzschön aufregend. Es reicht genug Geld zu haben und man kann sich eine Masse Hirnabgeschalteter besorgen um diese zu benutzen um die eigenen Interessen auf jeder Ecke dieses Planeten durchzusetzen. Vorausgesetzt die Masse anderer Hirnloser ist schlechter ausgerüstet, ausgebildet in der unterzahl oder einfach unterernährt.

Ohne scheiß, das mag sich wie irgendein weithergeholtes Gebrabbel anhören. Aber vergleichen sie die eben genannten Tatsachen mit fast jedem Konflikt den sie in den Nachrichten verfolgt haben oder verfolgen. Packen sie jetzt ihre Geschichtsbücher aus und? Das Gleiche. Wow, ganzschön beunruhigende Tatsache. Mensch konnte ja fast behaupten, dass fast jeder Konflikt unserer Geschichte aus Herrschaftsinteressen von kleinen Gruppen initiiert und nicht wegen Religionen oder Demokratie ausgelöst wurden.

Und wenn sie die ganzen Diskurse aufmerksam verfolgt haben dürften sie bemerkt haben, um den ganzen Spaß zu initiieren braucht man Geld - jede Menge Geld – sprich Kapital. Und wie der Name schon verrät ist der Kapitalist derjenige der durch die Investitionen von Kapital zu mehr Kapital kommt. Also könnte man ebenso behaupten, dass Kriege nur Instrumente des Kapitalisten sind um mehr Kapital zu erzielen.

Ich kapituliere: ein Reicher verdient mehr Geld durch die Ausgabe von Geld mit dem einberechneten Leid von Millionen von Menschen. Wo liegt das Problem? Ist doch genial. Die Arbeit machen doch eh wie immer Andere. Deswegen kapitalistischer Krieg. Und wenn wir vorhin festgestellt haben dass jeder Krieg ähnlich funktioniert könnte mensch fast behaupten, dass jeder Krieg ein kapitalistischer Krieg ist. Und dass Aufregendste ist, dass das Ganze bei uns losgeht. Und mit uns meine ich nicht nur das die deutsche Regierung sich darum reist Bundeswehreinsätze zu bestätigten um sich als zuverlässigen Partner des verbündeten Kriegseinsatzkommandos zu beweisen. Sondern bei uns vor der Haustür. Sachsen- Anhalt ist das Bundesland mit mehr modernen Übungsplätzen in ganz Deutschland. Wo sich Deutsche Truppen sowie Armeen aus den EU-Ländern als Kriegsmörder in der Kunst des Moderns und Tötens ausbilden lassen…

Sommerliche Krawalle in London

Blinde Gewalt oder politischer Protest?

Von Chaos, Bürgerkrieg oder sogar Anarchie ist nach den schweren Ausschreitungen in mehreren englischen Städten zu hören. Hunderte, mancherorts sogar Tausende vor allem Jugendliche zogen an mehreren Tagen durch die Städte. Auslöser war der Mord an den vierfachen Familienvater Mark Duggan, der am Donnerstag den 4.August´11 auf einer belebten Straße in London durch 2 Polizeikugeln sein Leben verlor. Grund für den Polizeieingriff war eine angeordnete Verhaftung da gegen Mark der Verdacht bestand ein Mitglied eines Drogenrings zu sein.

Genug ist Genug

Zwei Tage nach dem Tot von Mark wurde eine Demonstration in Londons Stadtteil Tottenham durchgeführt, die vorerst friedlich mit 200 Leuten die Aufklärung und Hintergründe des Mordes forderten. Doch im Laufe der Nacht eskalierte die Situation, Polizeiwaagen gingen in Flammen auf, ein Doppeldeckerbus und Häuser brennen komplett aus. Auch am Sonntag brechen die Proteste nicht ab, im Stadtviertel Entfield gehen mehrere Hundert Menschen auf die Straßen, greifen Polizisten an und Plündern Geschäfte. Insgesamt ist zu bemerken, dass der Hass auf die Polizei, die ständige Unterdrückung sowie Anteilnahmslosigkeit der Regierung und der Reichen die Leute auf die Straße treibt.

Bereits zu diesem Zeitpunkt springt der Funken der Wut über, die Chance auf das Aufmerksam machen seiner Probleme und erfolgreicher Plünderungen auch in andere Städte wie Liverpool, Birmingham und Brixton. Hier wurden ebenfalls Geschäfte geplündert und Polizisten attackiert. Die letzten Tage der Ausschreitungen stellte der Montag und Dienstag dar wo es zu kleineren Aktionen in mehreren Städten kam.

Staatliche Reaktion

Nach 4 Toten, ausgebrannten Häusern, etlichen geplünderten Geschäften und bis zu 200 Millionen Pfund Sachschaden, stellte sich vor allem die englische Wohlstandsklasse die Frage - wo war nur die Polizei? Die Unruhen und Flammen kamen so unerwartet mit einer Welle über London gerollt, das Polizeikräfte und ein Plan gegen die Demonstranten vorzugehen kaum vorhanden waren. Erst am Ende der Proteste kündigte Premierminister Cameron an, die Zahl der Polizeikräfte von 6000 auf 16000 aufzustocken.
Außerdem kommt hinzu, dass Pfefferspray, Gummigeschosse und Wasserwerfer eher seltene Maßnahmen in England darstellen und auch bei diesen Protesten am Anfang nicht zum Einsatz kamen. So mussten sich die Einsatzkräfte vor Ort mit Schlagstock, Helm und Schild „zufrieden geben", so gelang es des Öfteren das Einsatzkräfte zurückgedrängt werden konnten.
Trotz dieses Faktes ist die Repression und (der mediale Versuch der) Entpolitisierung des Protestes allgegenwärtig. Mehr als 2100 Festnahmen sind vollstreckt wurden und noch immer wird weiter gefahndet. Mittlerweile wurden etliche Jugendlichen zu drastischen Haftstrafen verurteilt. Premierninister Cameron der wohl genervt und schockiert aus seinem Urlaub zurück kehren musste, betitelte die Menschen die auf den Straßen waren als "Verantwortungslos", "Kinder ohne Väter" und als "Egoisten".
Daran ist schnell zu sehen wie von Seiten der Politiker probiert wird diesen Protest zu entpolitisieren. Was zur Folge hat, dass auch in Zeitungen und TV- Sender von randalierenden Chaoten und nicht von politischen Protesten berichtet wird. Auch von sozialen Problemen die bekämpft werden müssen ist die Rede, doch ob die Lösung der Probleme im Aufstocken der Polizeikräfte oder dem Anbringen von mehr Kameras liegt, ist mehr als fraglich.
Dabei sind die Forderungen der DemonstrantInnen doch klar. Sie haben genug von Ausbeutung und Unterdrückung ihrer Klasse und der Mord an einer ihrer Mitbürger auf ihrer Straße wird ebenso nicht im Stillen hingenommen.
Doch das kann oder will wohl kein Politiker in Englands Regierung hören.

Versuch einer Einschätzung

In der medialen Öffentlichkeit wurden hauptsächlich der hohe Grad der Gewalt gegen Polizisten sowie die vielen Plünderungen bemängelt – dies hielt wiederrum als Beispiele her, dass es nur Chaoten waren. Doch diese Aussage ist falsch. Plünderungen laufen auf praktische Enteignung hinaus, die ja grundsätzlich zu begrüßen sind. Bei den Riots haben sich eben die Menschen jene Dinge genommen/geplündert/enteignet, welche ihnen sonst nicht zugänglich sind. Natürlich ist es falsch den kleinen Kiosk von seinem Nachbarn leer zu räumen und danach anzuzünden. Eine Plünderung eines kapitalistischen Großkonzerns wie bspw. Sony sollte doch hingegen begrüßt werden, da dort Waren enteignet und der unterdrückten Klasse zugeführt werden. Sicherlich gibt es an den Proteste auch Punkte die kritisiert werden sollten. Es sollte ebenso erwähnt werden, dass auch Teile der unterdrückten Klassen voller Widersprüche stecken, indem sie z.B. wahllose Angriffe auf Passanten durchführen, sich Gegenseitig abziehen oder nach scheinbaren Status -und Luxussymbolen streben. Am schwerwiegendsten und wohl auch einer der Gründe, warum es ein kurzer Protest war ist der Fakt, dass sich der Protest nach und nach entpolitisiert hat. Anfangs gab es eine Demo mit klaren Forderungen. Doch diese Forderungen gingen im Laufe der Proteste unter, so das andere Aspekte wie Angriffe auf die Polizei oder Riots in den Vordergrund gerieten.
Allerdings gab es ja auch keine einflussreiche politische Gruppe oder Organisation die das hätte lenken können. Hier hätte mehr Potenzial liegen können wenn der Protest von einer starken Linken wirksam begleitet werden könnte. So wären bestimmt andere Ausgänge oder sogar Forderungen möglich gewesen.

Trotz dieser spontanen und (relativ) improvisierten Organisation der Proteste, haben auch wünschenswerte positive Aktionen stattgefunden. Die Bewohner/innen Tottenhams haben sich den Tot von Mark Duggan nicht gefallen lassen und sind auf die Straße getreten um Aufklärung zu fordern.

Mit Hilfe dieser Aufmerksamkeit konnte auch Kritik an sozialen Kürzungen wie z.B. Folgen sozialer Sparpakete geäußert werden - was ein guter Schritt ist um sich Ausdruck zu verschaffen. Auch Plünderungen und die direkten Enteignungen (bspw. reicher Großkonzerne wie Sony) sind Aktionen in der sich unsere Klasse ihrer Ausbeutung nicht bieten lässt und sich so der Umverteilung selbst annimmt.

Die kurzen aber eindrucksvollen Proteste haben gezeigt, dass sich die Menschen nicht alles gefallen lassen. Sie haben genug von der Unterdrückung und der ungerechten Aufteilung zwischen arm und reich. Das wird nicht der letzte Aufstand gewesen sein !
Klasse gegen Klasse!

in Gedenken an Ronahi
Biografie von Andrea Wolf

Am 23 Oktober 1998 kam es in der kurdischen Region Kelaxte zu einem Gefecht zwischen der türkischen Armee und militanten der PKK, in dem die ARGK-Guerilla Ronahi (Andrea Wolf) lebend von den türkischen Spezialteams gefangen genommen und später hingerichtet wurde. Unsere Genossin hat mit ihrem internationalistischen Verständnis in Kurdistan an der Seite des kurdischen Volkes gegen Faschismus und Ausbeutung gekämpft. In diesem Kampf ist sie gefallen. In Erinnerung an sie schreiben wir diesen Artikel und versuchen ein Bild von unserer Genossin zu zeichnen, von wo kam sie und wie entwickelte sich ihre Militanz aus Deutschland bis nach Kurdistan.

Andrea war die erste von zwei Zwillingen. Sie wurde am 15 Januar 1965 in München geboren. Die Bindung zu ihrem Bruder Tom war sehr stark, sie verbringen schon in der Jugend viel Zeit zusammen. So waren sie gemeinsam bei den Falken (Jugendorg. d. SPD) aktiv. Andrea ging zu einem katholischen Gymnasium in dem sie auch zur Sprecherin ernannt wurde. Dabei machte sie sich bei den Nonnen unbeliebt wegen ihrer Offenheit, die als unangepasst angesehen wird.

Mit fünfzehn nimmt sie an ihrer ersten Hausbesetzung teil, bei der sie zum ersten Mal verhaftet wird. Andrea zieht früh bei ihrer Mutter aus, trotzdem bleibt eine gute Bindung zwischen den Beiden bestehen.
Sie beteiligt sich militant an sehr vielen und unterschiedlichen Demos und Aktionen bis sie am 16.10.1981 verhaftet wird. Wegem einem Verräter wird sie verurteilt und wird am 28.4.1982 entlassen. Sie zieht nach Frankfurt wo sie ihren politischen Kampf fortsetzt. Am 18 September 1987 wird sie wegen den Aussagen eines für den Staatschutz arbeitenden Spitzels (Dirk Strandenaes) verhaftet. Die Behörden hatten versucht Jemanden in militante Kontexte zu schmuggeln. Damit sich dieser bei Aktionen in der Szene etabliert um in Kontakt mit AktivistInnen der RAF treten zu können. In diesem Zusammenhang wurden dann auch Militante der RAF verhaftet. Obwohl der Spitzel nie wirklich an Aktionen oder Diskussionen teilgenommen hatte. Am 16 November 1987 wird Andrea wieder entlassen auf Grund mangelnder Beweise, da der Spitzel selbst der Polizei unglaubwürdig erschien. Die Militanz von Andrea war vielseitig, was die Art der Aktionen an ging und die Bereiche für die sie sich engagierte.
So war sie zum Beispiel in der

AKW- Bewegung aktiv. Sie nahm an der Großkundgebung im Februar ´85 teil. In Schwandorf protestierten rund 40.000 Menschen gegen die Wideraufbauanlage die im Taxöldner Forst entstehen sollte. Nach der Kundgebung kam es zu Angriffe gegen den zukünftigen Bauplatz.
Sie nahm auch an der Besetzung durch das Hüttendorf am 14.12.1985 teil. Bei der es zu 867 Verhaftungen kam.
Andrea war auch in Frauengruppen aktiv. So war 1987 eine Besetzung durch eine Frauengruppe initiiert wurden, auch wenn sich

Stück für Stück reifte die Idee heran nach Kurdistan zugehen um sich dort der Freiheitsbewegung der PKK anzuschließen. Dies nicht weil der Kampf in Europa ihr perspektivlos erschien, sondern um einen neuen Blickwinkel zu erhalten und sich durch die Erfahrungen der GenossInnen vor Ort (in Kurdistan) weiterzuentwickeln. 1996 sind die Bedingungen für ihre Reise günstig. Nach ihrer Ankunft schreibt sie: "Noch nie im meinem Leben habe ich mich so aufgehoben gefühlt, noch nie haben sich so viele Leute um mich gekümmert..."

Männer zur Unterstützung daran aktiv beteiligten.
In Frankfurt nahm sie auch an Selbstverteidigungskurse teil die auf Taek-won-do basierten. Danach begann sie auch jüngere Mädchen zu trainieren. Andrea setzte sich auch durch Briefkontakt mit diversen politischen Gefangenen auseinander. So pflegte sie Briefkontakt mit GenossInnen aus der RAF, wie Gisela Dutzi oder Christian Klar. Aber auch mit Gefangenen aus anderen Kontexten wie Andreas Semisch.

1995 befand sich Andrea´s Gruppe in einer Krise die zum Teil durch den Spitzel Klaus Steinmetz hervorgerufen war. Die Stagnation der Gruppe die sich dadurch entwickelte trieb Andrea in eine persönliche sowie politische Krise.

Den Ausschnitten von Briefen, welche sie an GenossInnen aus Deutschland schrieb kann mensch eine sehr große Lebensfreude entnehmen - trotz der sehr harten Lebensbedingungen die in den kurdischen Bergen herrschen. Am 23.10.1998 wird die Einheit in der Andrea kämpfte, in einen Hinterhalt des türkischen Militärs gelockt - durch falsche Informationen eines Spitzels. In diesem Hinterhalt wird dann auch Ronahi getötet. Ronahi bedeutet auf kurdisch Licht und ist der neue Name von Andrea der als Codename diente aber auch den Bruch mit der Vergangenheit und den Beginn von etwas Neuem repräsentierte. Der Zustand ihrer Leiche beweist auch die menschenverachtende Vorgehensweise des türkischen Militärs da diese extrem brutal nach oder vor dem Tod zugerichtet wurde.

TROY DAVIS - PRESENTE!

Am frühen Morgen des 22. Septembers wurde Troy Davis von der US-Amerikanischen Justiz ermordet. Ihm wurde vorgeworfen 1991 einen Polizisten getötet zu haben. Beweise dafür gab es keine, bis auf die Aussage eines anderen Polizisten der selbst unter Tatverdacht stand. Sieben von neun Zeugen gaben zu von der Polizei zu ihren damaligen Aussagen beeinflusst worden zu sein und wiederriefen sie im Nachhinein.
Der Fall von Troy ist vergleichbar mit dem Fall von Mumia Abu Jamal, der seit nunmehr beinahe 30 Jahren ebenfalls wegen der angeblichen Tötung eines Polizisten hingerichtet werden soll. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Fällen, in denen AktivistInnen des schwarzen Widerstandes von der rassistischen Justiz der USA betroffen sind. Unter ihnen vor allem AktivistInnen der Black Panther Party (for Self-Defense). Diese entstand 1966 vorrangig aus der Notwendigkeit sich in den eigenen Vierteln einen bewaffneten Selbstschutz vor Polizeiübergriffen aufzubauen. Darüber hinaus hatten sie gelernt dass sie sich in der Durchsetzung ihrer Rechte und Interessen nur auf sich selbst verlassen können, machten z.B. Essens- und Bildungsprogramme für Ihre Leute in den Vierteln. Die Regierung der USA reagierten mit der Ermordung und Inhaftierung zahlreicher AktivistInnen sowie sie heute nicht davor zurückschrecken diese wie im Falle von Troy Davis hinzurichten. ***All Power to the People!***

Und wieder ein verrückter Einzeltäter in Norwegen mordete der antimuslimische Rassismus

Beitrag aus der barricada

Am 22. Juli 2011 waren alle Augen auf Norwegen gerichtet, ein für die Medien eher uninteressantes Land am nördlichen Ende Europas. Anders Behring Breivik, selbsternannter Kreuzzügler und Tempelritter, vollbrachte an jenem Tag den bislang größten antimuslimischen Terrorakt in Europa. Um auf die „Islamisierung" Europas aufmerksam zu machen, welche eine gemeinsame Verschwörung von „Kulturmarxisten" und Muslimen sei, ließ Breivik zuerst im Regierungsviertel von Oslo eine Autobombe hochgehen, die acht Menschen tötete und mehrere Gebäude erheblich beschädigte. Anschließend fuhr er in Polizeiuniform und mit einer schusssicheren Weste auf die Insel Utoya, auf der sich das Zeltlager der Jugendorganisation der regierenden sozialdemokratischen Partei Arbeiderpartiet befand. Unter dem Vorwand, sie über den Bombenanschlag in Oslo informieren zu wollen, rief er die meist jugendlichen Anwesenden im Zeltlager zusammen und erschoss danach 69 von ihnen.

Warum Breivik das sozialdemokratische Jugendzeltlager angriff, um die „islamische Kolonisierung Europas" zu bekämpfen, erklärt sich dadurch, dass die „Kulturmarxisten", die seiner Meinung nach vom ehemaligen britischen Premiereminister Tony Blair über Jose Manuel Barroso, den Vorsitzenden der Europäischen Kommission, bis hin zu Barrack Obama reichen, laut Breivik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges systematisch Machtpositionen (vor allem im kulturellen und Bildungsbereich) erlangen und "die Hassideologie namens Multikulturalismus" verbreiten, um "europäische Kulturen und Traditionen, europäische Identitäten und das Christentum und sogar europäische Nationalstaaten zu dekonstruieren" und dadurch den Untergang europäischer Nationen einleiten würden. Und Breivik beklagt den „fatalen Fehler", dass in Westeuropa keine Marxisten hingerichtet oder in die Sowjetunion abgeschoben wurden. Sozusagen stellen die Mitglieder der sozialdemokratischen Jugend aus Breiviks Sicht „die kulturmarxistischen Diktatoren" der Zukunft dar, die durch ihre Unterstützung der „muslimischen Massenimmigration" die Vernichtung von allem, was europäisch sei, bezwecken würden. Also sind die Anschläge sowohl als bewaffnete Propagandaaktion als auch als einen Präventivschlag gegen „den Feind" zu sehen.
Die Muslime, die klammheimlichen Verbündeten der „Kulturmarxisten", führen einen Dschihad, so Breivik, um Europa endgültig unter ihre Herrschaft zu bringen. Dieser Krieg der Muslime habe viele Facetten: Neben den gewalttätigen, demographischen, institutionellen, kulturellen, ökonomischen, bildungspolitischen und medialpropagandistischen Dschihadarten existieren laut Breivik auch der kriminelle Dschihad und der Drogenverkaufsdschihad. In dieser Verschwörungstheorie sind alle Taten muslimischer (oder muslimischstämmiger) Migranten miteinander verbunden: Von Vergewaltigungen, Raubüberfällen und Morden an EuropäerInnen über die angeblich hohen Geburtenraten muslimischer Familien bis hin zum – ebenfalls herbeihalluzinierten – geschlossenen Agieren muslimischer Staaten in den Vereinten Nationen, stünden alle Taten von Muslimen in demselben Zusammenhang, dem heiligen Dschihad, und hätten die Unterwerfung Europas zum Ziel. Die Muslime existieren in dieser hirnrissigen Vorstellung nur als ein totalitäres Kollektiv, dessen Mitglieder keine Interessen oder sonstige Beweggründe haben können, die mit dem angeblichen Ziel des Kollektivs im Widerspruch stehen oder von diesem nur abweichen. Die einzige Gegenwehr ist aus Breiviks Sicht nur dadurch möglich, dass christliche Europäer sich ebenfalls als ein Kollektiv organisieren, dessen Prinzipien „Stärke, Ehre, Aufopferung und Märtyrertum" seien.
Bis die Identität des Täters und seine Beweggründe von der norwegischen Polizei bekannt gegeben wurden, herrschte überall die Meinung, Norwegen sei Opfer eines islamistischen Terroranschlags geworden. Diese Theorie wurde nicht nur von antimuslimischen, rassistischen Sekten wie pi-news verbreitet, sondern sämtliche „Terrorexperten" verloren keine Zeit mit der Untersuchung von Fakten, bevor sie im Fernsehen erklärten, dass wohl die Islamisten hinter dem Anschlag stünden. Dass diese „Vermutung" der Mehrheit der Menschen glaubhaft erscheinen konnte, ist sicherlich darauf zurückzuführen, dass „die islamistische Terrorgefahr" seit 9/11 medial, wenn auch nicht real, allgegenwärtig ist.
Der norwegische Ministerpräsident Jens Stoltenberg sagte zwei Tage nach den Anschlägen: „Noch sind wir geschockt, aber wir werden unsere Werte nicht aufgeben. Unsere Antwort lautet: Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Menschlichkeit." Selbst wenn wir die Fragen, wie demokratisch, offen und menschlich der norwegische Staat ist und was der sozialdemokratische Ministerpräsident unter diesen Begriffen versteht, beiseite lassen, bleibt zu klären, wie die Antwort Norwegens (oder der ganzen westlichen Welt) aussähe, sollte ein Attentäter tatsächlich ein Islamist sein. Vergleicht man die islamistischen Anschläge in Europa mit der systematischen Panikmache, lässt sich mit großer Sicherheit behaupten, dass der Massenmörder von Utoya die mediale

Öffentlichkeit viel mehr und vor allem ganz anders beschäftigen würde, wenn er ein Islamist wäre: Während sich die Anschläge in Europa, die

WIDERSTAND STATT ABENDLAND
STOPPT DIE ANTIMUSLIMISCHE HETZE!

einen islamistisch-fundamentalistischen Hintergrund haben, an den Fingern einer Hand abzählen lassen, erzeugen die Medien und Politiker den Eindruck, als stünde ganz Europa vor einer existenziellen Bedrohung, um deren Beseitigung willen die Menschen teilweise auf ihre Grundrechte verzichten müssten. Den Herrschenden geht es natürlich nicht darum, eine rationale Analyse des Islamismus zu liefern, sondern die ganze Panikmache dient letzten Endes nur einem: der Aufrüstung nach innen und nach außen, der Schaffung eines Feindbildes, das massive Aufrüstung, Militarisierung, Kriege und immer weiter eingeschränkte Grundrechte rechtfertigt.
Breivik, nicht einer der muslimischen MigrantInnen, sondern ein echter Europäer, dazu noch aus wohlhabenden Verhältnissen stammend, hätte die Vorstellung, wie ein Terrorist auszusehen habe, in ihren Grundfesten erschüttern müssen; hat er aber nicht. Denn er war ein Einzeltäter, eine Ausnahme, die die Regel bestätigt: Die Terrorgefahr geht immer noch von ihnen aus, den Islamisten (die in der medialen Sprache nicht selten ein Synonym für Muslime sind), denn die Anschläge der islamistischen Fundamentalisten hätten ihre Wurzeln im Islam; während Breivik, der den Kreuzzug 2.0 gegen den Islam erklärte, ein „Irrer" bleibt, obwohl er internatiationale Kontakte zu antimuslimischen, rassistischen Gruppen und Organisationen wie English Defence League pflegte,

RECHTSPOPULISTEN DEN KAMPF ANSAGEN!

deren Ableger Norwegian Defence League er in Norwegen mitbegründete, und den Versuch unternahm, ein europaweit agierendes Terrornetzwerk aufzubauen, welches einen christlichen „Befreiungskrieg" gegen „den Islam, den Multikulturalismus und den Kulturmarxismus" führen sollte. (An dieser Stelle wäre zu fragen, worin zum Beispiel der wesentliche Unterschied zwischen George W. Bushs Absichtserklärung „gegen das Böse einen Kreuzzug zu führen" und Saddam Husseins Dschihaderklärung gegen die USA und Israel besteht – außer in unserer Wahrnehmung.)

Die Darstellung eines rechten Terroristen als irren Einzeltäter hat Tradition: Während die Taten einzelner Linker von Medien und Gerichten gerne verkollektiviert und somit ganze politische Zusammenhänge kriminalisiert werden, werden Nazis und andere Faschisten fast immer als Einzeltäter dargestellt und verurteilt. Seit dem 11. September ist gegen die Islamisten/Muslime in dieser Hinsicht ein ähnlicher Mechanismus am Werk wie gegen die Linke: Wenn ein echter oder nur angeblicher Islamist etwas macht, haben alle muslimischen Migranten diese Tat quasi mitzuverantworten. Dass ein türkischstämmiger Hauptschüler in Frankfurt mit den Attentätern vom 11. September nicht mehr gemeinsam hat als ein italienischer oder armenischer Buchhalter christlichen Glaubens mit Anders Behring Breivik, spielt dabei keine Rolle.
Ein Grund dafür, warum Faschisten den relativen Schutz von Herrschenden genießen, ist mit Sicherheit, dass Breiviks Kameraden als militanter Flügel und propagandistische Speerspitze der systematisch an Boden gewinnenden antimuslimischen Ideologie fungieren und sich damit als nützliche Idioten für die antimuslimische Hetze der Herrschenden erweisen, mit der sowohl Kriege als auch der Ausbau der staatichen Repressionsapparate legitimiert werden. Dabei sagen und machen sie Sachen, die von Staat, Mainstreammedien und der so genannten politischen Mitte in derselben Offenheit nicht gesagt bzw. gemacht werden könnten, da diese Institutionen sonst ihr "demokratisches", "zivilisiertes" Gesicht verlieren würden. (Eine ähnliche Rolle wie die antimuslimischen HetzerInnen spielten die deutschen Nazis beim so genannten Asylkompromiss, also der faktischen Abschaffung des Asylrechts in der BRD, indem sie Wohnhäuser mit hohem Migrantenanteil und Asylbewerberheime angriffen und dadurch den von den herrschenden erwünschten "Volkszorn" inszenierten.)

Andererseits bleibt eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem ideologischen Hintergrund der Anschläge in Norwegen auch deswegen unerwüscht, weil diese offen legen würde, wie groß die Überschneidungen zwischen der antimuslimischen Propaganda der ökonomisch/ politisch/ kulturell Herrschenden und der der „Kreuzzügler" aller Couleur sind. In der Tat besteht der wesentlichste Unterschied zwischen den „Vernünftigen" und den „Irren" darin, dass Letztere offen von der Vertreibung der Muslime vom christlichen Boden reden, während Erstere sich dieselbe Offenheit nicht leisten können.

Dass dem Wesen des Islam und des Muslims etwas boshaftes und unzivilisiertes innewohne, das den abendländischen, d.h. christlichen Werten diametral entgegenstehe, eint den militanten Flügel der Muslimhasser nicht nur mit den so genannten Rechtspopulisten (wie der niederländischen Freiheitspartei oder den deutschen Pro-Gruppen), sondern auch mit der „politischen Mitte". Um die tiefe Verankerung der antimuslimischen Ideologie aufzuzeigen, genügt zu sagen, dass sie über die Antideutschen bis in linke Kreise hinein wirkt, die normalerweise rassistische Feindbildkonstruktionen als solche erkennen sollten.

„Der Muslim", der weltweit dieselben Wesenszüge aufweise und ausschließlich bzw. hauptsächlich durch seinen Glauben zu definieren sei, existiert dabei in der Realität nicht. Er ist ein ideologisches Konstrukt der antimuslimischen Ideologie, genauso wie „der Jude" eine Erfindung des Antisemitismus ist. Der Islam – genauso wie andere Religionen, aber auch Ideologien usw., die in ihrer Existenz zeitlich wie geographisch nicht sehr beschränkt sind – ist historischen Veränderungsprozessen unterworfen, die ihn von nationalen, regionalen o.ä. Kulturen und vom „Zeitgeist" abhängig machen. Aber die Muslimhasser, die von Breivik über die gutbürgerlichen PropagandistInnen bis hin zu Antideutschen reichen, müssen von dieser Tatsache absehen, denn es bedarf eines totalen Feindes, der an sich böse ist, um einen ebenso totalen Krieg ausrufen zu können.

Als in der Unmenschlichkeit von Breiviks Anschlag das wahre – rassistische und aggressive – Gesicht der so genannten Islamkritik enttarnt zu werden drohte, setzte sich nicht nur der „radikale" Flügel der antimuslimischen Front zur wehr, sondern sprachen diverse Mainstreamblätter von der Welt bis hin zur Frankfurter Allgemeine Zeitung von einer „linken Hetzjagd auf Islamkritiker, Konservative und Christen". So schrieb zum Beispiel Matthias Matussek im Spiegel, dass es ein „religionspolitischer Irrtum" sei, „Breiviks Anschlag als christlichen Terrorismus misszuverstehen." Man dürfe nicht in die Kurzschlussfalle tappen, in Breiviks Mord „die verzögerte Antwort auf den islamistischen Mord" am 11. September 2001 zu sehen. Nach Matussek existiere kein christlicher Fundamentalismus („Christlicher Fundamentalismus – Wo soll der sein?"), ein islamischer hingegen schon. Denn: wenn ein Christ im Namen des Christentums mordet, exkommuniziere er sich selbst. Wenn dagegen ein Muslim mordet und sich dabei auf den Islam bezieht, betreffe dies das Wesen des Islam. So sind die Muslime eben, unzivilisierte Barbaren, die sich auf ihre unzivilisierte, barbarische Religion beziehen. Ganz im Stil des alten „wer ein Jud' ist, bestimme ich." Wer ein Muslim ist und genauer wie er sich zu verhalten hat, bestimmt der Christ/Deutsche/Europäer.

Wer nicht spätestens hier merkt, dass es nicht um den Islam, das Christentum oder die Demokratie geht, sondern um „uns" und „sie", wie es bei rassistischen Ideologien immer der Fall ist, steht bereits unter dem Einfluss des „Kampfes der Kulturen", der sich selbst erfüllenden Prophezeiung der imperialistischen Kriegstreiber. So ist die so genannte Islamkritik: Mit Religionskritik hat sie nichts gemein. Sie ist nur der neuere, schickere, zivilisiert anmutende Ausdruck des Jahrhunderte alten Rassismus.

Wer mit seiner Kritik an „unserer" Religion vorbei schießt und nur die der Anderen trifft, reiht sich – bewusst oder unbewusst – in die Front der "Islamkritiker" ein und ergreift auf der Seite der hiesigen Herrschenden Partei – in einem Krieg gegen ohnehin unterdrückte MigrantInnen und Menschen in den Ländern, die imperialistischen Raubzügen zum Opfer fallen.

Aus diesem Grund ist es wichtig, antimuslimische RassistInnen, egal wie sie sich ausgeben mögen – ob übliche Nazis, gutbürgerliche "IslamkritikerInnen" oder angeblich linke Antideutsche, zu enttarnen und ihre Pseudokritik zu entzaubern.

Erschienen in barricada. Sommer [II] 2011

Lebenslänglich für Faruk Ereren im Namen des Faschismus in der Türkei

Am 27.0911 ging der Prozess gegen Faruk Ereren zu Ende und die deutsche Gerichtsbarkeit verurteilte ihm im Namen des Faschismus in der Türkei zu einer lebenslänglichen Haftstrafe.(...) Während der Richter das Urteil begründete, war er geradezu bemüht, zu beweisen, dass der Verräter Semih Genc die Wahrheit sagte und eine vertrauenswürdige Person innerhalb der Organisation sei. Alle lügten also, allein der Verräter Semih Genc, der seine Würde und alles an die Mörder seiner GenossInnen und seiner Ehefrau verkaufte, sagte die Wahrheit. Der Richter sprach geradezu, als sei er der Anwalt von Semih Genc und setzte alles auf ihn.

Als der Richter in dem begründeten Urteil über die Gerichtsperiode erzählte, legte er im Grunde alles offen: "Dieses Gericht dauert seit Januar 2009 an und in dieser Periode haben wir sehr viel erlebt und wir hatten Gelegenheit, den Angeklagten näher kennen zulernen. Und wir haben ihm einen Deal angeboten, nämlich 3 Jahre und 9 Monate oder 4 Jahre und 6 Monate, doch der Angeklagte hat dieses Angebot nicht angenommen. Deshalb hat er kein Recht, sich über dieses Urteil zu beklagen." Die Verhandlung endete mit den Worten, dass gegen das Urteil Einspruch erhoben werden könne.

Die ZuschauerInnen riefen die Parolen "Nieder mit dem Imperialismus, es lebe unser Kampf", "Die revolutionären Gefangenen sind unsere Würde" und in deutscher Sprache "Die deutschen Gerichte unterstützen den Faschismus". Es wurde applaudiert und Faruk Ereren wurde mit dem Siegeszeichen begrüßt. Bei dem Prozess, dem auch die Presse große Aufmerksamkeit schenkte, teilten die AnwältInnen mit, dass sie gegen das Urteil in Revision gehen werden.

Mehr Infos: www.political-prisoners.net

NULLTARIF FÜR ALLE!

...OB BUS ODER BAHN - WIR WOLLEN NICHT MEHR ZAHLEN!

:::ADRESSEN:::

Politische Gruppen und Initiativen:

zusammen kämpfen
c/o Soziales Zentrum, A.- Puschkinstr. 20, 39108 MD
www.zusammen-kaempfen.tk
zusammen-kaempfen@gmx.de

Rote Hilfe Ortsgruppe Magdeburg
c/o Soziales Zentrum, magdeburg@rote-hilfe.de
>Mittwochs (17.30 Uhr) Rechtsberatung im Infoladen<

Netzwerk Freiheit für alle polit. Gefangenen [MD]
c/o Soziales Zentrum
www.political-prisoners.net
magdeburg@political-prisoners.net

Initiative für ein Libertäres Zentrum MD
www.squatmagdeburg.blogsport.de

FAU Magdeburg
c/o Blaue Welt Archiv, Thiemstr. 13, 39104 Magdeb.
www.fau.org/ortsgruppen/magdeburg/

Frauengruppe MD
frauengruppe-md@riseup.net
c/o Soziales Zentrum

Bündnis gegen Tierversuche
www.leibnizstoppen.blogsport.de

Bürgerinitiative Montagsdemo
www.montags-auf-die-strasse.de.tl

Flüchtlingsrat Sachsen- Anhalt e.V.
Schellingstr. 3-4, 39104 Magdeburg
www.fluechtlingsrat-lsa-online.de

Autonome Hochschulgruppe
www.ahgmd.blogsport.eu / ahgmd@riseup.net

KPD/ ML
39034 Magdeburg
Postfach 351102
www.kpd-md.net

DKP
c/o Soziales Zentrum
A.- Puschkinstr. 20
39108 MD
www.dkp-lsa.de

KPD (Regionalorganisation Magdeburg)
www.lsa.k-p-d.org

Veranstaltungsorte, etc.:

Infoladen Magdeburg
[Soziales Zentrum]
A.- Puschkin- Str. 20, 39108 Magdeb.
www.infoladen-md.tk
infoladen_md@riseup.net

KJFE Heizhaus
Harsdorferstr. 33b, 39110 Magdeb.

KJFE Knast
Umfassungsstr. 76, Magdeburg

L!Z - Libertäres Zentrum MD
Alt Salbke 114, 39122 Magdeburg

Hallenhausen
An der Steinkuhle 21, 39128 MD

Umsonstladen LirumLarum
Brandenburger Str. 9 (Hinterhof)
39104 MD

Blaue Welt Archiv // Thiembuktu
Thiemstr. 13, 39104 MD

Eine Welt Haus
Schellingstr. 3- 4, 39104 MD

Kurdisch- Deutscher Kulturverein
Keplerstr. 4a, 39104 MD

Frauenzentum Courage
Karl- Schmidt- Str. 56, 39104 MD

Haus der Gewerkschaften
O.- v.- Guericke- Str. 6, 39104 MD

Magdeburg im Januar 2012:

ottostadt magdeburg

otto

scheißt

auf

Nazis!

Im Januar 2012 soll wieder der alljährliche Naziaufmarsch in Magdeburg stattfinden. Aus Anlaß der Bombardierung der Stadt (im zweiten Weltkrieg) marschieren rund 1000 Nazis, von einem Polizeiaufgebot geschützt, durch die Straßen. Die Stadtoberhäupter neben ihren Imagevereine werden sich währenddessen auf der "Meile der Demokratie" feiern lassen und fette Reden gegen Extresmismus schwingen. Wir als AntifaschistInnen halten es für notwendig, den Nazis sowie den bürgerlich (kapitalistischen) Imageveranstaltungen der Stadt eine klare Absage zu erteilen und rufen dazu auf sich den Nazis entschlossen in den Weg zu stellen.

NAZIAUFMARSCH BLOCKIEREN!

GEGEN NAZIS, STAAT & KAPITAL!

FÜR EINE KLASSENLOSE GESELLSCHAFT!

www.zusammen-kaempfen.tk